Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Bezugspreis frei Haus monatlich 160 Mk. Durch die Post monatlich 160 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Leschenstraße 14, Fernruf 1047 u. 2251. Geöffnet 7—5 Uhr. Schriftleitung: Fernruf 1045. Sprechzeit 12—1 u. 4—5 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 8.— Mk. für den Millimeter Höhe und Spalte; 20 Mk. für Reklame, anschließend an den breigespaltenen Textteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten, größere tags vorher. — Postscheckkonto: Leipzig 1068 43. Fritz Kroh, Halle

Einzelpreis 7 Mark | **Donnerstag, den 12. Oktober 1922** | **2. Jahrgang. Nr. 239**

Ebert verlangt die große Koalition

Drei VSPD.-Minister treten für die Stinnes-koalition ein

(Eigener Drahtbericht.)

Das Korrespondenz-Bureau „Dena" verbreitet folgende offiziöse Mitteilung:

Reichskanzler Dr. Wirth, der morgen zurückkommt, wird möglichst bald mit den Parteiführern Rücksprache nehmen, um die Frage der Wahl des Reichspräsidenten endgültig zu regeln. Im Interesse des Ansehens der Republik erscheint es natürlich wichtig, daß der Reichspräsident von einer möglichst großen Mehrheit des Volkes gewählt wird. Eine solche Mehrheit wäre ohne weiteres gegeben, wenn Zentrum, Demokraten und Deutsche Volkspartei ihre Stimmen auf einen Kandidaten vereinigen würden. Daraus würde sich dann auch ergeben, daß die republikanischen Verhältnisse in Deutschland sich konsolidiert haben und daß die, besonders von den Franzosen gefürchtete, Rekonstruktion der Monarchie nicht in Frage kommt. Ferner würde sich daraus ergeben, daß auch die bolschewistischen Bestrebungen in Deutschland auf keinen günstigen Boden mehr fallen.

Nun ist aber klar, daß eine Präsidentenwahl mit einer derartigen Mehrheit nur unter der Voraussetzung stattfinden könnte, daß die Regierungskoalition und damit das Kabinett erweitert worden sind. Aufgabe des Reichskanzlers wird es sein müssen, festzustellen, welche Bedingungen die einzelnen Parteien für ihren Eintritt, bzw. für ihr Verbleiben beim Kabinett zu stellen haben. Reichspräsident Ebert wünscht lebhaft, daß auch die DVP. der Regierungskoalition beitritt, weil er eine derartige Erweiterung der Regierungsbasis aus wirtschaftlichen Gründen für dringend notwendig hält. Auch Reichskanzler Dr. Wirth ist für die Erweiterung der Koalition, wenn sich zeigt, daß sie parteipolitisch möglich ist. Im Augenblick hängt das von der Sozialdemokratie ab. Wenngleich nicht zu verkennen ist, daß die Minister Bauer, Köster und Radbruch für eine Erweiterung der Koalition eintreten, so hat doch andererseits der linke Flügel der Sozialdemokraten, der gegen eine Koalition mit der DVP. ist, in der letzten Zeit eine erhebliche Verstärkung erfahren. Man befürchtet, daß eine Gesundung der Wirtschaft überhaupt nicht mehr möglich ist, wenn diese Parteikreise auch noch einen Einfluß auf die Regierung gewinnen. Ehe nicht von der DVP. genaue Erklärungen darüber vorliegen, wie sich die Partei die Gesundung des Wirtschaftslebens vorstellt, und was sie zu tun gedenkt gegen den Marksturz, gegen die Verelendung der Arbeiterschaft und gegen die Auswüchse des Devisenhandels, dürfte die Sozialdemokratische Partei kaum bereit sein, mit der DVP. in einer Koalition zusammen zu arbeiten. Andererseits ist aber klar, daß an die Wahl des Reichspräsidenten nicht gedacht werden kann, ehe nicht die Frage der Koalitionserweiterung gelöst worden ist, und daß die Deutsche Volkspartei ihrerseits nicht für den gemeinsamen Kandidaten eintreten wird, wenn man ihr nicht einen Platz am Regierungstische zusichert. Da die Wahl des Reichspräsidenten schon am 3. Dezember stattfinden soll, ist die Frage der Kabinettsumbildung jetzt akut und muß in den nächsten Tagen gelöst werden.

*

Im selben Augenblick, wo die Großbourgeoisie nach dem eigenen Eingeständnis der VSPD. durch Herbeiführung eines neuen Marksturzes die arbeitenden Massen in neues, ungeheuerliches Elend stürzen, haben der sozialdemokratische Reichspräsident und die sozialdemokratischen Minister keinen sehnlicheren Wunsch, als das Regierungsbündnis eben mit der Partei der Großbourgeoisie, der Volkspartei, einzugehen. Auch die „Bedingungen", die sie für den Eintritt der Volkspartei aufstellen werden, sind glücklich heraus: es werden die Zustimmung der Volkspartei zur Präsidentschaft Eberts, zur Ministerschaft Hilferdings oder eines anderen ehemaligen Unabhängigen und zu gewissen finanzpolitischen Maßnahmen sein, die die Sozialdemokratie unter dem Druck der durch den Hunger zur Empörung getriebenen Massen aufzustellen genötigt ist, die aber in keiner Weise der kapitalistischen Anarchie zu Leibe rücken, und die dem Großkapital heute schon genehm sind.

Die VSPD. zeigt damit, daß sie den Görlitzer Kurs auch nach der Vereinigung mit den Unabhängigen mit der durch die Zuspitzung der Lage erforderten Beschleunigung weiterführt. Gilt es doch, da das Fehlschlagen aller Regierungsmaßnahmen gegen die Not schon jetzt feststeht, eine starke bürgerliche Staatsmacht zur weiteren Niederhaltung der Arbeiterschaft zu schaffen. Für die Arbeiterschaft müssen diese Vorbereitungen der Bourgeoisie und ihrer Handlanger der Ansporn zu verstärkten Vorbereitungen für die in Bälde unvermeidlichen schweren Kämpfe sein. Sie stellt den bürgerlich-sozialdemokratischen Kurpfuschereien die proletarische Aktion zur Erkämpfung der Produktions- und Finanzkontrolle, dem Vollzugsorgan der bürgerlichen Klassenherrschaft, der großen Koalition, als proletarisches Klassenorgan dem Reichsbetriebsrätekongreß gegenüber, der ihren Kampf gegen die Verelendung zu vereinheitlichen und zu leiten bestimmt ist.

Eine Notverordnung zur „Verhütung" des weiteren Marksturzes

WTB. **Berlin**, 11. Oktober.

Das Reichsministerium befaßte sich heute mit Maßnahmen zur Verhütung des weiteren Sturzes der Mark. Es wurde vor allem die Notwendigkeit einer schleunigen Erklärung von Vorschriften, die eine Einschränkung der Spekulation in ausländischen Zahlungsmitteln bezweden, anerkannt, und es wurde einstimmig beschlossen, dem Reichspräsidenten den sofortigen Erlaß einer Notverordnung auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung vorzuschlagen. Im Zusammenhang hiermit wurde die Frage der Ausgabe wertbeständiger Schatzanweisungen sowie weitere Schutzmaßnahmen für die Reichsmark erwogen. Die Beratungen hierüber sollen in den nächsten Tagen fortgesetzt werden.

WTB. **Berlin**, 12. Oktober.

Bei der angekündigten Notverordnung des Reichspräsidenten zur **Bekämpfung der Devisenspekulation** soll es sich um eine neue Devisenordnung handeln, die darauf hinausgehen soll, daß alle Devisenkäufe den Außenhandelsstellen angezeigt werden müssen und daß keine Devisenankäufe statfinden dürfen, die nicht zur Bezahlung von Einfuhrwaren benötigt werden. Die Kontrolle soll in der Weise erfolgen, daß von jedem Devisenkaufauftrage nicht nur wie bisher eine Abschrift an das Finanzamt, sondern auch eine solche an die zuständige Außenhandelsstelle geleitet wird, die dann über die Gültigkeit des Kaufauftrages entscheiden soll. Die Nichtbefolgung der Verordnung soll unter strengste Strafe gestellt werden. Was die Frage „wertbeständiger Schatzanweisungen" betrifft, so liegt, wie der „L.-A." schreibt, dem Kabinett ein Vorschlag vor, eine wertbeständige Reichsanleihe zu schaffen, die in Stücken von 500 Mk. oder einem Mehrfachen im Gesamtbetrage von 400 000 Mk. ausgegeben werden sollen. Diese sogenannten Goldschatzscheine sollen mit einem Zinsfuß von vier Prozent ausgestattet und am Fälligkeitstage in Papiermark zum jeweiligen Kurs der Goldmark bezahlt werden.

*

Diese erste Maßnahme der Reichsregierung wird nur zur Folge haben, daß die Privaten und Industriellen ihren Devisenbedarf im „Schleichhandel" decken werden. Von einer Hebung des Markkurses kann bei dieser Maßnahme keine Rede sein. Die Regierung und die Sozialdemokraten glauben aber durch derlei „Schritte" die Arbeiterschaft erneut täuschen zu können. Einen anderen Zweck kann diese Verordnung nicht haben.

Die „wertbeständigen Schatzanweisungen" sind eine Maßnahme, die ähnlich auch in Oesterreich versucht wurde und zu einem Fiasko geführt hat. Wir verweisen auf unseren heutigen Leitartikel.

Ungeduldige Ministeranwärter

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 12. Oktober.

Wie das „Berliner Tageblatt" und andere bürgerliche Zeitungen mitteilen, ist der Staatssekretär der Wirtschaftsabteilung im Auswärtigen Amt, Herr von Simson, von seinem Posten geschieden, um in die Privatindustrie überzugehen. Es frage sich nun, wer sein Nachfolger auf diesem ungemein wichtigen Posten werden soll. Es verlaute, daß ein bekannter Parlamentarier, der bisher zu den Unabhängigen gehörte, sehr geneigt sei, das Staatssekretariat zu übernehmen. Das „Berliner Tageblatt" fordert, daß die Besetzung dieses Postens nicht vor der Klärung der Ministerfrage vorgenommen werde, da es insbesondere dem neuen Außenminister vorbehalten sein müsse, bei der Auswahl seiner nächsten Mitarbeiter mitzusprechen.

*

Mit dem „bekannten Parlamentarier", der zu den Unabhängigen gehörte, und der jetzt das Ministerwerden kaum erwarten kann, kann niemand anders als Breitscheid oder Hilferding gemeint sein. Ist der Posten des Außenministers für sie nicht zu erlangen, so geben sie sich auch mit einem Staatssekretärposten zufrieden. Die Hauptsache ist, daß es schnell geht. Wenn die unabhängigen Führer in der Rathenaukrise davon fabelten, daß ihr Eintritt in die Regierung der Arbeiterschaft einen Machtzuwachs bringen sollte, so zeigt ihre jetzige hinter den Kulissen betriebene Postenschleicherei besser als alles andere, was es mit dieser und den andern Phrasen, mit denen sie den Uebergang ins Lager der Bourgeoisie bemäntelten, auf sich hatte.

Mobilisierung der Orgesch in Berlin

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 12. Oktober.

Im Auftrage der Vaterländischen Verbände Berlins ruft der Bund für Freiheit und Ordnung am Sonntag, dem 15. Oktober, zu einer „Großen Vaterländischen Kundgebung" auf, bei der eine Kapelle von Musikern des früheren Gardekorps mitwirken und deutschnationale Abgeordnete (u. a. auch Pfarrer Wangemann aus Magdeburg) sprechen werden. Es handelt sich um nichts anderes als eine allgemeine Mobilmachung der Orgesch, die sich rüstet, es wagt, am hellichten Tage unter den Augen der Berliner Arbeiter ihre Vorbereitungen zu treffen, um das Proletariat niederzuschlagen, wenn es versucht, sich gegen die Teuerung ernstlich zur Wehr zu setzen. Die „Rote Fahne" fordert die VSPD. und die Gewerkschaftskommissionen auf, die Maßnahmen bekannt zu geben, durch die sie dieses Orgeschtreiben zu vereiteln gedenken. Die KPD. werde jede wirksame Maßnahme in dieser Richtung unterstützen.

Russisch-französische Wirtschaftsverbindungen. Herriot erklärte, daß einer französisch-russischen wirtschaftlichen Annäherung seiner Ansicht nach nichts mehr im Wege stehe. Er werde nach seiner Rückkehr Frankreich dementsprechend berichten.

Dollar vormittags 10 Uhr: 2600 Mark

Die Markkatastrophe

Von neuem bergab

Eine neue Markkatastrophe hat begonnen. Sie geht fast in noch schnellerem Tempo als der erste Marksturz im Juli und August dieses Jahres. Der Höhepunkt der letzten Markkatastrophe war am 25. August mit einem Kurs von 2460 erreicht. Dann kam der Rückschlag, und der Dollar notierte wieder 1300, 1400. Nicht ganz 14 Tage ist es her, leidem ein neues Steigen der ausländischen Devisenkurse begonnen hat und schon steht der Dollar über 2000.

Die Entwertung einer Währung geht immer auf diese Weise vor sich, daß nach einem großen Sturz eine gewisse kurzfristige Besserung eintritt, einige Tage oder Wochen der Kurs „stabilisiert" wird. War der Dollarkurs vor dem ersten Marksturz einige Monate hindurch etwa 300, so stand der Dollar nach der Ruhefrist durchschnittlich auf 1400. Wenn man die Ursachen der Marksenkung zu sehen imstande ist, kann der neue Marksturz nichts Ueberraschendes sein. Die Sozialdemokratie aber, die sich selbst und der Arbeiterschaft Illusionen zu machen versuchte, die das Moratorium, das Hafensteingeschäft und uneingestandenermaßen das Stinnes-Lubersac-Abkommen als Gewähr nahm dafür, daß eine weitere wesentliche Verschlechterung der deutschen Valuta nicht eintreten würde, ist, vor die neuen Tatsachen gestellt, entsetzt. Die gesamte Presse der Vereinigten Schieber-Partei muß den Bankrott der bisherigen sozialdemokratischen Politik eingestehen. Die Gewerkschaften und die Sozialdemokraten haben die Arbeiterschaft bisher von der Selbsthilfe zurückzuhalten versucht, mit der Begründung, daß Regierung, Gewerkschafts- und Parteiinstanzen alles Nötige tun werden, was überhaupt zu tun möglich ist. Angesichts des Erfolges dieser „Aktionen" der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie muß die VSPD.-Presse selbst erklären, daß ein Fortbestehen der gegenwärtigen Verhältnisse unleidlich und untragbar für die Arbeiterschaft ist, daß notwendigerweise irgendwelche Maßnahmen ergriffen werden müßten.

„Stabilisierung der Mark"

Trotz der offenen Bankrottansage gibt die Sozialdemokratie ihr Spiel noch nicht als verloren auf. Sie hat aus den Erfahrungen der österreichischen Sozialdemokraten gelernt, auf welche Art und Weise die Selbsthilfe der Arbeiterschaft durch die Erweckung von Illusionen hinausgeschoben und verhindert werden kann. Die VSPD. hat von ihrer österreichischen Bruderpartei gelernt, daß die radikalsten Finanzpläne für die Bourgeoisie ganz gefahrlos sind, aber für eine gewisse Zeit gut als Losungen gegen die Bewegung der Arbeiter selbst ausgenützt werden können. Darum treten die vereinigten Schwindler jetzt mit einem Plane auf, eine „wertbeständige Währung" zu schaffen, u. a. eine Devisenausgleichstelle zu gründen.

Dieser Plan Hilferdings soll mit Hilfe des Goldschatzes der Reichsbank, der etwa 1 Milliarde Goldmark beträgt, verwirklicht werden. Wie im einzelnen Hilferding und die Sozialdemokratische Partei sich diese Stabilisierung der Mark, die Schaffung eines „wertbeständigen Papiers" vorstellen, das haben sie bisher zu sagen unterlassen. Sie haben uns noch nicht erzählt, ob sie es so machen wollen, wie in Polen vor wenigen Tagen es geschehen ist, daß das Finanzministerium und der Reichstag die Einführung einer Goldwährung dekretieren, die Warenpreise in dieser Währung notiert werden und jeweils ein Umrechnungskurs für Papierwährung besteht. In Polen wird diese ganze schöne Geschichte „ideelle Goldwährung" genannt. Den Arbeitern ist damit nicht geholfen, wohl aber gleichen sich die Preise noch weit mehr als bisher jeder Senkung der eigenen Währung an.

Oder wollen die Sozialdemokraten, daß die Goldmilliarde der Reichsbank zu einer Unterstützungsaktion für die deutsche Mark verwendet wird? Auch dies ist nichts Neues. Die österreichische Regierung hat das auch getan. Sie hat einen englischen Kredit von 2 Millionen Pfund dazu verwendet, um eine Stabilisierung des Kurses der österreichischen Krone herbeizuführen. Das gelang auch kurze Zeit, bis — der ganze Kredit verspekuliert war und ein katastrophaler Kurssturz der Krone einsetzte.

Auch die Devisenausgleichsstelle ist mehrfach versucht worden. Der Erfolg dieser Devisenzentrale war, daß der offizielle Kurs der ausländischen Devisen nicht stieg, aber daß die Banken in ihren Privatkursen eine desto größere Senkung des Wertes der eigenen Valuta herbeiführten daß auf den offiziellen Markt überhaupt keine Devisen mehr kamen, und daß nach kurzer Zeit die Bestimmungen erleichtert oder aufgehoben werden mußten, der Kurs sich aber nur weiter verschlechtert hatte. Das einzig Konkrete, was der „Vorwärts" für seine Pläne zur Stabilisierung der Mark vorbringt, das ist jenen neuerliches Verlangen nach Ueberschichten im Bergbau. Trotzdem der „Vorwärts" in seiner Bankrotterklärung zugeben muß, daß die Mehrarbeit kein Mittel gegen die Senkung des Markkurses ist, behauptet er, daß eine Erhöhung der Rohstoffproduktion für den eigenen Bedarf notwendig ist. Diese einzige konkrete Forderung zum neuen Finanzplan der VSPD. zeigt, wie den Arbeitern durch diesen Plan „geholfen" werden soll.

Die Ursachen der Markentwertung

Die besten Pläne eines Finanzprogramms zur Stabilisierung der Mark sind auf dem Wege der parlamentarischen „Demokratie" undurchführbar, weil die deutschen Kapitalisten kein Interesse an einer Stabilisierung des Markkurses haben, sondern im Gegenteil selbst die unaufhörliche Senkung herbeiführen. War es den deutschen Kapitalisten und der Sozialdemokratie bei der letzten Markkatastrophe noch möglich, die alleinige Schuld auf die Reparationslasten, auf die Drohreden Poincarés zurückzuführen, so ist ihnen diesmal diese bequeme Ausrede nicht so leicht gemacht. Reparationszahlungen sind nicht zu leisten. Ueber die Sachleistungen hat Stinnes das von den deutschen Kapitalisten so gepriesene Abkommen geschlossen. Die Senkung des Markkurses wird diesmal, wie immer, nicht in Paris, in London oder Neuyork

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019221012-16/fragment/page=0001

herbeigeführt, sondern in Berlin an der Börse. Als im Mai und Juni die Hochkonjunktur zu Ende zu gehen schien, überall Befürchtungen über bevorstehende Arbeitslosigkeit und Betriebseinschränkungen zum Ausdruck kamen, da wurde durch den ersten Marksturz die Exportfähigkeit der deutschen Industrie wieder hergestellt. Trotz der ungeheueren Entwertung der Mark stiegen aber in der Zwischenzeit die Preise der deutschen Industrieartikel so schnell, daß sie Weltmarkthöhe erreichten, zum Teil sogar überschritten. Von neuem schien die Konjunktur zu Ende zu gehen, Betriebseinschränkungen unbedingt nötig. Das letzte Mittel für die deutschen Kapitalisten war daher, von neuem eine Senkung des Marksturzes herbeizuführen.

Eine neue Marktflucht hat eingesetzt. Ausländische Industriepapiere und Papiere von Unternehmungen, die Auslandsbeteiligungen oder große ausländische Geldbestände besitzen, werden im Kurs hinaufgetrieben. Die Mark im inländischen Zahlungsverkehr wird trotz aller sozialdemokratischen Parteitagsbeschlüsse durch die Goldfakturierung verdrängt. Kaum ist durch die ungeheuere Banknotenvermehrung die Kreditnot nur halbwegs beseitigt, da beginnt von neuem die Flucht vor der Mark in ausländischen Devisen. Dadurch ist eine Herabsetzung der Produktionskosten, eine weitere Verbilligung der deutschen Arbeitskraft erreicht, die Konkurrenzfähigkeit wenigstens auf kurze Zeit hergestellt.

Die Folgen des Marksturzes

Aber die kurze Zeitspanne, in welcher bei Fortbestehen der Exportfähigkeit der Marktkurs stabil bleiben konnte, die Notwendigkeit, nach wenigen Wochen eine neue Markkatastrophe herbeizuführen, zeigen an, daß auch dieses Mittel nicht immer weiter angewandt werden kann. Immer schneller passen sich die Preise der Markentwertung an, immer schneller muß eine Markkatastrophe hinter der anderen herjagen, um wieder für kurze Zeit die Exportfähigkeit aufrechtzuerhalten! Schließlich tritt der österreichische Zustand ein, bei dem die Preise heute höher sind als in Deutschland und zum Teil über Weltmarkthöhe.

Der Zusammenbruch der Reichsfinanzen kann nicht mehr verschleiert werden. Die Zunahme des Banknotenumlaufs in der letzten Septemberwoche betrug 26,2 Milliarden, und noch reicht diese Vermehrung nicht aus, um den Zahlungsmittelmangel zu beseitigen. Die Zwangsanleihe im Betrage von 70 Milliarden ist heute für die Reichsfinanzen vollkommen belanglos geworden, dagegen wird eine Erhöhung der Umsatzsteuer auf 2½ Prozent gefordert. Die sozialdemokratische Koalitionsregierung weiß nichts anderes zu tun, als einen neuen Steuerraubzug gegen die Arbeiterschaft zu unternehmen.

Die furchtbarste Folge der Markkatastrophe aber ist die tägliche und stündliche Teuerung aller lebensnotwendigen Artikel. Die Teuerung ist weiter vor sich gegangen als der Marktkurs stabilisiert war. Sie wird jetzt in ganz anderen Formen noch fortschreiten.

Selbsthilfe der Arbeiterschaft

Aber soll nun die Arbeiterschaft die Hände in den Schoß legen und der Verelendung und Aushungerung zusehen? Soll sie die Kapitalisten ihr Spiel mit der Senkung des Marktkurses weiter treiben lassen? Oder kann sie Maßnahmen ergreifen, die dies verhindern? Die Gewerkschaftsführer, die die Arbeiterschaft immer zu beruhigen versuchen, sind fünfmal beim Reichskanzler gewesen, ohne auch nur das geringste erreichen zu können. Die sozialdemokratischen Minister sind für den Brotwucher, für die Erhöhung aller Tarife, gegen jede Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung.

Auf diese Instanzen kann die Arbeiterschaft sich nicht mehr verlassen. Sie muß angesichts der neuen Markkatastrophe, angesichts der neuen Teuerung den Weg gehen, den sie schon beschritten hat, den Weg der proletarischen Selbsthilfe. Nur die Organe der Arbeiterschaft, hinter welchen die Arbeiterschaft mit ihrer ganzen Kraft steht, sind imstande, der Verelendung ein Ende zu bereiten und den Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft aufzuhalten. Die Sozialdemokraten verlangen Stabilisierung der Mark. Gewiß, Stabilisierung des Marktkurses, aber sie ist nicht durch bureaukratische Anordnungen möglich, an die sich niemand hält, sondern nur dann, wenn die Arbeiterschaft durch ihre Organe eine Kontrolle über die Durchführung aller Maßnahmen ausüben kann, wenn die proletarischen Kontrollorgane das Uebel an der Wurzel packen, wenn die Markt- und Kapitalflucht durch diese Organe verhindert wird. Ohne Kontrolle der Arbeiterschaft gibt es keine Gesundung des Wirtschaftslebens. Keinen Stillstand der Markentwertung, kein Aufhören der Verelendung.

Die Arbeiter haben begonnen, in den Betriebsräte- und Kontrollausschüssen sich proletarische Organe zur Durchführung ihrer Maßnahmen zu schaffen. Sie zu stärken und genügend aktionsfähig zu machen, ist die eine Lebensfrage des deutschen Proletariats!

Streikende ziehen einen Tintenkuli zur Rechenschaft

(Eigene Drahtmeldung.)

Elberfeld, 11. Oktober.

Große Massen Elberfelder streikender Bergarbeiter sammelten sich heute Mittag vor dem Verlagshaus der Bergisch-Märkischen Zeitung. Sie protestierten gegen die Veröffentlichung einer Notiz in diesem Blatte, die in besonders gehässiger Weise gegen die Streikenden hetzte. Die Massen verlangten nach dem für die Notiz verantwortlichen Lokalredakteur, der sich in seiner Angst auch bereiterklärte, mit einer Abordnung der Streikenden zu verhandeln und nötigenfalls eine wahrheitsgemäße Darstellung des Falles in der Zeitung zu veröffentlichen. Da jedoch der Lokalredakteur Fischer die Streikenden solange warten ließ, daß sie füglich an der Einlösung seines Versprechens zweifeln mußten, schickten sie eine Abordnung in das Verlagshaus, um Fischer vor die Massen zu zitieren. Er wurde herausgeholt und bekam eine wohlverdiente Tracht Prügel. Dieses Vorgehen der Arbeiterschaft ist umso verständlicher, als anläßlich ihres schweren Ringens um einen einigermaßen auskömmlichen Lohn sich die bürgerliche Presse in gemeinster und niederträchtigster Weise bemüht, die Oeffentlichkeit irrezuführen und gegen die Streikenden zu hetzen.

Der Hunger — eine „Massenhysterie"

Aus Wien wird gemeldet: „In den Siemens-Schuckert-Werken kam es vorgestern nachmittag wieder, wie erst jüngst in einem anderen Betriebe, zu mehrfachen Ohnmachtsanfällen, die sich nur durch Massenpsychose erklären lassen. In dem Betrieb wurde eine Arbeiterin von Aufregungszuständen befallen. Das gab das Signal, daß knapp nacheinander zehn andere Arbeiterinnen von Nervenkrämpfen befallen wurden."

*

Bei der fortschreitenden Unterernährung der Bevölkerung wird es in den kommenden Wintermonaten sicher auch bei uns zu ähnlichen körperlichen Zusammenbrüchen der Arbeiterinnen und Arbeiter in den Fabriken kommen. Es ist eine Erleichterung für die Tintenkulis der bürgerlichen Presse, daß ihre Wiener Kollegen schon jetzt einen neuen Namen für die durch Hunger herbeigeführten Massenerkrankungen gefunden haben. So brauchen die reichsdeutschen Kollegen sich nicht erst in geistige Unkosten zu stürzen, wenn hier im kommenden Winter die gleichen Beobachtungen zu machen sind.

Vom täglichen Schwindel der Vereinigten

Es vergeht kein Tag, an dem nicht das Lügenkollegium Kaparek und Co. im halbischen „Volksblatt" einen aus dem „Vorwärts" bezogenen Schwindel auftischt.

Wir haben bereits Stellung genommen zu dem Schwindel von dem Uebertritt der gesamten KPD.-Landtagsfraktion in Bayern, außer dem Genossen Eisenberger, zur USPD. Nun teilt uns auch das Mitglied des Bayerischen Landtags, der Genosse Fritz Sauber, der seit dem 9. April 1919 in der Festung Niederschönenfeld eingekerkert ist, mit, daß er an den „Vorwärts" folgende Berichtigung gesandt hat:

„In Nr. 231 vom 5. Oktober 1922 Ihres Blattes, Artikel „Ein hoffnungsvoller Auftakt", bringen Sie u. a. einen Bericht aus München, welcher sich mit dem Uebertritt der Kommunistischen Landtagsfraktion zur VSPD. beschäftigt und erwähnen zugleich, daß alle außer dem KAP.-Mitglied Eisenberger zur VSPD.-Fraktion übergetreten seien.

Nach § 11 des Preßgesetzes ersuche ich um Richtigstellung dieser Behauptung und zwar wie folgt: Als Mitglied des bayerischen Landtages und als Angehöriger der Kommunistischen Partei Deutschlands verwahre ich mich ganz entschieden gegen eine derartige Unterstellung, als wäre auch ich zur Partei der infamen und gemeinen Unterdrückung der deutschen Arbeiterklasse übergetreten."

Wir stellen unsererseits noch einmal fest, daß von den bayrischen Abgeordneten der KPD. nur das frühere Mitglied der kommunistischen Landtagsfraktion Graf, dem die KPD. schon vor Jahresfrist das Recht zur Ausübung seines Mandates aberkannt und vor drei Monaten aus der Partei ausgeschlossen hat, ganz folgerichtig den Weg zu Roske gegangen ist.

Sie gehen nicht zu Roske

In Buer, Westf., haben vier Stadtverordnete der USPD. die Verschmelzung mit der SPD. nicht mitgemacht und bilden weiterhin eine USPD.-Fraktion. — In Gelsenkirchen ist ein Teil des Parteivorstandes der früheren USPD. nicht zu den Roske-Sozialisten gegangen, sondern hat sich zur Ledebour-Gruppe geschlagen. — In Köln, wo die Verschmelzung von SPD. und USPD. nur mit ganz geringer Mehrheit gutgeheißen wurde, verbleiben der Provinziallandtagsabgeordnete Knab und drei Stadtverordnete der bisherigen USPD. in der durch Ledebour neu konstituierten Unabhängigen Partei.

Die „parteipolitisch-neutralen" Gewerkschaften. In Coswig bewilligten das Ortskartell und die Gewerkschaften für das SPD.-„Volksblatt", Erscheinungsort Dessau, gegen die Stimmen unserer Genossen 2000 Mark.

Der Prozeß gegen die Rathenaumörder

Der Oberreichsanwalt beantragt Todes- und Zuchthausstrafen

Die Strafanträge des Oberreichsanwalts

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Leipzig, 11. Oktober.

Am 8. Verhandlungstage wurde zunächst die Vernehmung des Gärtners Brüdigam fortgesetzt. Dieser Zeuge, der geradezu vernichtend für Tillessen, die Organisation C und ihren Nachrichtenleiter, Kapitänleutnant Hoffmann, aussagte, wurde dem Angeklagten Tillessen gegenübergestellt und einem Kreuzfeuer von Fragen ausgesetzt, wie es bisher keiner der Mordbuben über sich ergehen lassen mußte. Dieser intelligente Arbeiter, der schon in seiner Jugend ein Opfer sozialer Verhältnisse und der bürgerlichen Fürsorgeerziehung geworden ist, zeigte sich allen Angriffen mit scharfer Dialektik gewappnet. Er hatte es ganz von sich aus unternommen, der Organisation C auf die Schliche zu kommen und trotz seiner zugegebenen Spitzeltätigkeit machte er mit seinen schwer belastenden Aussagen einen weit glaubhafteren Eindruck als der durch alle politischen Mordprozesse sich durchwindende Kapitänleutnant Tillessen.

Ueber diesen Prozeß wird nach der Urteilsfällung noch manches zu sagen sein, über die, die nicht verhaftet wurden (wie z. B. die schwerbelasteten Zeugen Bade und Funke, die mit Assemann unter einer Decke steckten). Hat man es doch nicht einmal für nötig gehalten, wenigstens die vielen Briefe zu verlesen, die Ludendorff seinem „Lieben Günther" höchsteigenhändig geschrieben hatte. Der Oberreichsanwalt hielt eine stellenweise scharf zugespitzte Anklagerede, aber es war ein Widerspruch in sich selbst, daß er nach allem zutage getretenen und von ihm selbst mit angeführten Erscheinungen weder objektiv noch subjektiv an eine hinter den deutschnationalen Verbrechen der jüngsten Zeit stehende Mörderorganisation glauben wollte. Wenn es sich etwa um eine linksradikale Verschwörerzentrale mit so vielen Blutaten gehandelt hätte, würde gewiß kein Ankläger so schwergläubig sein und der Scharfrichter würde bauernd Arbeit bekommen. So aber beantragte der Oberreichsanwalt nur gegen Ernst Werner Techow die im gegebenen Falle wegen Mordes unumgängliche Todesstrafe, der jüngere Techow kam in den Anträgen mit Gefängnisstrafe, die am schwersten beteiligten Angeklagten wie Günther, v. Salomon, Warnecke, Issemann usw. kamen mit Zuchthausstrafen ziemlich milde davon.

Mittwochs-Sitzung.

Der Angeklagte Warnecke erklärt sich wieder für verhandlungsfähig. Der Angeklagte Issemann gibt an, die Maschinenpistole Kerns für zurückgehaltenes Heeresgut gehalten zu haben.

Es soll nun die Vernehmung Brüdigams fortgesetzt werden. Es setzt ein Trommelfeuer von Anträgen der Verteidiger ein, um Brüdigam als unglaubwürdig und geisteskrank hinzustellen.

Brüdigam, der seine Aussagen sehr klar und bestimmt formuliert, schildert seine Reise nach Kassel. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er im Auftrage der Kommunisten sich mit Tillessen in Verbindung gesetzt habe, verneinte er ganz entschieden, jemals im Dienste der Kommunisten gestanden zu haben. Er habe als Arbeiter sich gedrungen gefühlt, zu sehen, was bei den Deutschnationalen gespielt würde und seine Erfahrungen der Arbeiterpresse mitgeteilt. Im bezahlten Dienste der Organisation C stehend, die Linksparteien zu bespitzeln, sei er viel herumgereist. Wegen des Attentats auf Scheidemann habe er der Sozialistischen Partei rechtzeitig eine Warnung zugehen lassen. Am 13. oder 14. Juni, nach dem Attentat auf Scheidemann, habe Tillessen in Frankfurt in Gegenwart von Plaaß und Heinz auf die Juden geschimpft, die müßten alle gehenkt werden, und gesagt, es bliebe ihm nur der Weg, Rathenau eine Kugel in den Kopf und sich selbst eine ins Herz zu schießen.

Der Vorsitzende unterbricht hier und verliest die Vorstrafen des Zeugen, der mehrfach wegen Betrugs und Unterschlagung im Gefängnis, von 1909 bis 1911 in einer Erzeanstalt war. Früher war er in Fürsorgeerziehung. Er zeigt sich sehr schlagfertig, erklärt, daß er für irre erklärt worden sei, weil man ihn nicht individuell zu nehmen wußte und fügt ironisch hinzu: „Der Herr war eine Autorität, und Autoritäten irren ja bekanntlich nie!"

Verteidiger: Sind Sie nicht wegen eines Anti-Rom-Bundes in Fürsorge gebracht worden?

Brüdigam: Allerdings, ich war der einzige Volksschüler des Bundes und mußte daran glauben, während die jungen Herren mit einer Verwarnung davonkamen und das Gymnasium weiter besuchen durften. Genügt Ihnen das?

Verteidiger: Ich danke.

Nun, auch der Generalssohn Stubenrauch besucht ja das Gymnasium, weil er nur „theoretische" Mordpläne betrieben habe, während bei gewöhnlichen Sterblichen früher schon das Werfen mit Papierkugeln gegen Lehrer oder das Hinneigen zum Sozialismus wegen sittlicher „Unreife" mit Ausschluß oder Fürsorgeerziehung bestraft wurde. Es wird dann weiter das ganze Vorleben Brüdigams mit Kreuz- und Querfragen durchforscht, in einer Schärfe, die bei dieser Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof sonst noch nicht zutage trat. Der Zeuge antwortet sehr präzis, sei es bejahend oder verneinend, gibt zu, daß er auch beim Militär zeitweise wegen Neurasthenie im Lazarett lag; er sei aber nie Alkoholiker, sondern früher sogar Abstinenzler gewesen.

Es wird nun dem Belastungszeugen Brüdigam der Angeklagte Tillessen gegenübergestellt. Brüdigam gehörte im Jahre 1918 der USPD. einige Monate als Mitglied an, zahlte dann aber keine Beiträge mehr.

Tillessen: Bei der ersten Unterredung habe ich dem Brüdigam ein Bild gezeigt und gesagt: Das ist mein Bruder, der Erzberger getötet hat.

Brüdigam: Sie haben gesagt: Das ist mein Brüderchen, der hat das erste Schwein gekillt.

Tillessen: Das habe ich nicht so gesagt.

Brüdigam: Das haben Sie doch gesagt, und zwar Wort für Wort!

Bei der weiteren Vernehmung gibt Tillessen zu, dem Brüdigam gesagt zu haben, dann müsse Rathenau ermordet werden, wenn der Bolschewismus komme. Er leugnet, Spitzel beschäftigt zu haben, der Oberreichsanwalt legt jedoch einen von Tillessen geschriebenen Zettel vor, der lautet: „Anscheinend gut als Spitzel zu verwenden."

Nach einer Pause wird der Angeklagte Tillessen von einem Beisitzer nach dem Brief gefragt, in dem er einige Tage nach dem Erzbergermorde seinen Bruder eine „arbeitete Axt" nannte. Er sucht dies als eine harmlos burschikose Wendung zu erklären.

Ein Arbeiter, sozialdemokratischer Stadtverordneter, erzählt allerhand Rührseliges über das gute Herz und die offene Hand des Angeklagten Schütt (der 20 Millionen besitzt und bei seinem Schlemmerleben auch andere leben lassen kann).

Ein Zeuge aus Dresden sagt aus, daß ihn der Angeklagte Steinbeck in streng vertraulichem Tone nach einer Garage gefragt habe, deren Besitzer auch über Einfahrt und Ausfahrt eines Personenwagens schwindeln könne. Er hat auch um Beschaffung eines Autos gebeten, für das er bereits einen zuverlässigen Chauffeur habe, der eventuell auch „Gefängnis knacken" würde. Er lehnte die Besorgung ab.

Mit der Vernehmung dieses Zeugen ist die Beweisaufnahme geschlossen.

Um 1 Uhr beginnt

Oberreichsanwalt Ebermeyers Anklagerede:

Anfangs seiner Ausführungen weist er auf Kern, Fischer und Techow hin, die im gewollten Zusammenwirken als Mittäter den Mord begangen haben. Die Täter hielten Rathenau für einen internationalen Juden und Schädling, der den Bolschewismus in Deutschland großziehen wollte. Keine Dummheit, die eine gewisse Presse ihnen vorkaute, war blöd genug, um nicht von so fanatisierten Menschen geglaubt zu werden. Als ihre Beweggründe zum Morde haben sie selbst angegeben, daß sie dadurch einen Linksputsch mit darauffolgender Militärdiktatur hervorrufen wollte. Als weiteres Motiv gaben sie an, daß uns, d. h. rechtsstehenden Kreisen, das Geld ausgegangen wäre. Rathenau selbst gibt den Schlüssel zur psychologischen Erklärung dieser aufs tiefste empörenden abscheulichen Mordtat, die ein wertvolles Menschenleben vernichtete. Er sagte nach der Ermordung Erzbergers, der sterbende Mittelstand ist das gefährlichste Gift unseres gegenwärtigen Staates; denn seine entwurzelten und verarmten Söhne werden rechtsradikale Propagandisten der Tat. Ob hinter den Mordplänen der Angeklagten bestimmte politische Verbände ständen, die den politischen Mord auf ihre Fahnen geschrieben haben und ihre Mitglieder für die Tat auswählen, sei wahrscheinlich, aber bis heute nicht objektiv erwiesen. Bei den Attentaten auf Erzberger, Scheidemann, Rathenau lehnten immer dieselben Personen, insbesondere auch der Name Tillessen, wieder. Es handle sich eben um eine große Gruppe, um Glieder einer Kette, die nicht abreißt. Die eine Organisation dahinter steckt, gehe auch aus Kerns Worten zu Schütt hervor: „Verräter gehen bei uns um die Ecke!" Die antisemitische Hetze hatte die Köpfe mörderisch verwirrt.

Der Oberreichsanwalt zeichnet dann in großen Zügen das Bild der Beweisaufnahme nach, aus der hervorgeht, daß keine Zufälle, sondern bei allen Mittätern, von der Zusammenkunft Kerns mit Salomon in Berlin angefangen, über die Hamburger und Dresdener Fahrten hinweg ein gemeinsamer Plan vorlag, wonach Rathenau erschossen wurde. Die ganze Gesellschaft hing wie die Ketten aneinander und parierte genau aufs Stichwort. In Hamburg war es Warnecke, der zugleich Sprengattentate ausführte und dem man erzählte, als er vor Eifer es nicht erwarten konnte, daß in Berlin bald eine große Sache fällig sei. Der Oberreichsanwalt schildert dann die Vorbereitung zum Morde. Der ältere Techow wurde für die Lenkung des Autos gewonnen, das er mit dem flüchtigen Günther Brandt unter Beihilfe Steinbecks von Küchenmeister in Freiberg besorgte. Während der ältere Techow dann Berlin verließ, machte der jüngere mit den im Getriebe der Großstadt geblieben beiden anderen Mörder noch zwei Tage nachher eine Lustfahrt auf dem Wannsee. Der ältere Techow war als Mitglied und Befehlsempfänger der Organisation C das gefügige Werkzeug seiner Auftraggeber und von Anfang an eingeweiht in Kerns Mordplan. Alle Angaben von ihm seien unglaubhaft. Er hat nicht Beihilfe geleistet, sondern ist als Mittäter bei der Ausführung des Mordes beteiligt, denn er hat die Tat auch als seine eigene gewollt. Er ist demgemäß nach § 211 des Strafgesetzbuches wegen Mordes zu verurteilen.

Der jüngere Techow sei zwar körperlich etwas zurückgeblieben, aber dennoch voll verantwortlich. Er sei von deutschnationaler Seite beim Kapp-Putsch im Jugendbund usw. für solche Taten trefflich präpariert worden. Er sei der Beihilfe sowie der Begünstigung schuldig zu sprechen.

Günther sei eine sehr unerfreuliche Erscheinung, ein krankhafter Renommist, der sich bei großen Leuten anschmiere. Er war schon mit dem Stubenrauchschen Mordplan verquickt und sei vor allem durch die Beschaffung der Garage der Beihilfe sowie der Begünstigung schuldig. So tief er moralisch stehe, sei er doch geistig verantwortlich.

Die Hamburger Gruppe v. Salomon, Niedrig und Warnecke hätte in voller Mitwisserschaft Beihilfe zu der Ermordung geleistet. Auch Issemann hätte gewußt, zu welchem Zweck er die Maschinenpistole herausgegeben habe. Bei der Wegschaffung des Koffers habe er sich den letzten Ergebnissen der Beweisaufnahme unzweifelhaft der Begünstigung schuldig gemacht. Auch Steinbeck, der sich auf die nationale Sache lügnerisch herauszureden suchte, hat zum mindesten mit der Autobeschaffung Beihilfe zum Mord geleistet.

Schütt und Diestel seien von der Anklage der Beihilfe freizusprechen, aber durch falsche Angaben über das Auto und das Verbrennen der Mützen hätten sie sich der Begünstigung schuldig gemacht.

Gegen Tillessen sei Anklage leider nur wegen Unterlassung der Anzeige erhoben, obwohl er sicher im Mittelpunkt der Bewegung und der Geldbeschaffung für die Organisation C stehe. Er sei auch beschuldigt, am Scheidemannattentat beteiligt zu sein und auch in der Rathenausache sei er sicher von Anfang an im Bunde gewesen. Eine Anklage habe sich aber daraus leider nicht konstruieren lassen. Bei dem Angeklagten Voß, der, wie die nachträglich aufgefundenen Briefe beweisen, noch vor dem Rathenaumorde gewarnt und Anzeige gemacht habe, sei auf Freisprechung zu erkennen.

Im einzelnen beantragt nun der Oberreichsanwalt gegen Ernst Werner Techow wegen gemeinen Mordes die Todesstrafe und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte.

Gegen Hans Gerd Techow wegen Beihilfe und Begünstigung auf Grund seiner Jugendlichkeit 4 Jahre 3 Monate Gefängnis.

Gegen Günther wegen Beihilfe und Begünstigung 6 Jahre 3 Monate Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust.

Gegen v. Salomon wegen Beihilfe zum Morde 5 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust.

Gegen Warnecke 4 Jahre Zuchthaus und 4 Jahre Ehrverlust.

Gegen Niedrig 5 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust.

Gegen Issemann wegen Beihilfe und Begünstigung 4 Jahre 6 Monate Zuchthaus und 4 Jahre Ehrverlust.

Gegen Schütt und Diestel wegen Begünstigung je 6 Monate Gefängnis.

Gegen Tillessen und Plaaß wegen Unterlassung der Anzeige des Mordplanes je 3 Jahre Gefängnis.

Gegen Voß Freisprechung.

Es stehen noch die Reden der 12 Verteidiger und das Schlußwort der Angeklagten bevor, so daß das Urteil erst Freitag nachmittag oder Sonnabend zu erwarten ist.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019221012-16/fragment/page=0002

Ausland

Verzögerung des Kampfes im französischen Bergbau

(Eigene Drahtmeldung.)

Paris, 12. Oktober.

Der Vorsitzende des Verbandes der Grubenbesitzer Nordfrankreichs, Mercier, hat an die Regierung ein Schreiben gerichtet, worin er betont, daß die Grubenbesitzer zunächst ihren Plan verschoben haben, am 15. Oktober einen allgemeinen Lohnabbau vorzunehmen. Die Industrie bringe also weiter schwere Opfer im Interesse der Arbeiterschaft. Sie verlange nun aber, daß endlich die Regierung das versprochene Gesetz über die Arbeitszeitverlängerung durchführt.

Es scheint, als ob die Grubenbarone doch gegenüber dem wachsenden Kampfwillen des französischen Proletariats etwas vorsichtiger geworden sind. Ebenso wie man die Abschaffung des Achtstundentages auf den Eisenbahnen zunächst vertagt hat. Die Energie, mit der die Seeleute ihren Kampf zur Aufrechterhaltung des Achtstundentages führen, hat den Eindruck auf die Bourgeoisie nicht verfehlt.

*

(Eigene Drahtmeldung.)

Paris, 12. Oktober.

Wie man erfährt, haben sich die revolutionären Bergarbeiterverbände an die Amsterdamer Bergarbeiterinternationale sowie an die Internationale Transportarbeiter-Föderation mit dem Ersuchen gewandt, eine Solidaritätsaktion für die französischen und tschechoslowakischen Bergarbeiter, welche vor schweren Kämpfen stehen, einzuleiten. Es ist anzunehmen, daß auch im nationalen Maßstabe ein solcher Schritt erfolgen wird. Die Bergarbeiter erwarten, daß alle diese Instanzen ihre Pflicht erfüllen und die kämpfenden Genossen in Frankreich und in der Tschechoslowakei nicht verraten.

Die Völkerbundsentscheidung über Oesterreich

Die Völkerbundskommission hat ihren Spruch über Oesterreich gefällt. Danach sind die fremden Mächte bereit, eine Auslandsanleihe für Oesterreich zu garantieren. Damit bekommt Deutsch-Oesterreich freilich noch lange kein Geld, sondern es muß sich den Betrag erst bei fremden Privatbanken zusammenborgen. Die eigentliche Garantie wird auch Oesterreich selbst stellen, dadurch, daß es seine Zölle und den Ertrag des Tabakmonopols verpfändet. Die Ententemächte leisten also nur eine ergänzende Garantie. Aber trotzdem wird von Oesterreich verlangt, daß es mit der Niederlassung eines Generalkommissars des Völkerbundes in Wien einverstanden ist. Dieser Generalkommissar wird der Diktator Oesterreichs sein. Regierung und Parlament haben alles zu tun, was der fremde Finanzgewaltige befiehlt. Die fürchterlichste Ausplünderung des österreichischen Proletariats soll unter Aufsicht des Generalkommissars durchgeführt werden.

Gewerkschaftsbewegung

Ein falscher Weg

Die Metallarbeiterzeitung veröffentlicht einen Artikel, der sich mit der Erhöhung der Produktion beschäftigt. Es wird darin ganz richtig geschildert, daß die dauernden Angriffe auf den Achtstundentag, die heruntergekommene Arbeiterschaft immer mehr zermürben und sie schließlich dazu bringen können, die Verlängerung des Arbeitstages in Kauf zu nehmen. Das einzige Gegenmittel gegen diese Zermürbung sei die Linderung der Not, in die die Arbeiterschaft geraten ist. Es heißt dann wörtlich: „Und da keine andere Möglichkeit, die Not wirksam zu mildern, vorhanden ist, als die Steigerung der Produktion, haben die Gewerkschaften diese mit ebensoviel Liebe und Klugheit wie Nachdruck zu fördern."

Wir müssen dazu sagen, daß wir es für vollständig verkehrt halten, wenn sich die Gewerkschaften zum Anreiber im kapitalistischen Produktionsprozeß hergeben sollten, denn das ist es doch schließlich, worauf die Forderung des Artikelschreibers hinausläuft. Eine Produktionssteigerung in der kapitalistischen Wirtschaft dient unter den heutigen Verhältnissen nicht den Konsumenten, sondern kommt nur den Kapitalisten zugute. Sie werden den Mehrgewinn, der bei einer Produktionssteigerung herauskommt, schmunzelnd in die Tasche stecken, während der Reallohn den arbeitenden Massen immer weiter sinkt und Not und Elend immer mehr überhand nehmen. Der Verfasser, der sich übrigens auf wirtschaftlichem Gebiet ganz in bürgerlichen oder vielmehr kleinbürgerlichen Gedankengängen bewegt, scheint sich übrigens gar nicht bewußt zu sein, daß die Steigerung der Produktion, die auf eine maßlose Antreiberei hinausläuft, im Grunde genommen doch nichts weiter ist, als eine verschleierte Verlängerung des Arbeitstages. Es bleibt schon dabei: Gegen die Not und das Elend, die der Kapitalismus heraufbeschworen haben, hilft nur der Kampf und jeder Versuch ihm auszuweichen, führt auf gefährliche und schädliche Abwege.

Vom Tage

Eisenbahnunglück bei Worms. Am Mittwochmorgen entgleiste auf dem Bahnhof Alzey ein Wagen eines Personenzuges der Strecke Alzey—Worms. Der Wagen wurde zertrümmert, drei Personen getötet, eine Frau und zwei Kinder schwer, sechs Personen leicht verletzt.

Großer Stoffdiebstahl in Frankfurt a. M. Die „Frankf. Ztg." meldet: In der vergangenen Nacht drangen Einbrecher in die Lagerräume der Wirtschaftsgenossenschaft der Universität ein und stahlen aus ihnen die gesamten Stoffvorräte, die an minderbemittelte Studenten verteilt werden sollten, im Gesamtwerte von mehr als einer Million Mark.

Durch eine Schar Gänse getötet. In Lindenkreuz in Thüringen war vor einer zwölfjährigen Schülerin eine Schar Gänse aufgeflogen und hatte dabei den Isolator der Kraftleitung abgeschlagen. Der zu Boden fallende Draht berührte das Mädchen, das von dem elektrischen Strom auf der Stelle getötet wurde.

Ein Gotteslästerungs-Prozeß. Vor der Berliner Strafkammer fand der erste Gotteslästerungsprozeß seit der Revolution statt. Gegenstand der Verhandlung war ein Buch des Schriftstellers Einstein. „Die schlimme Botschaft", das Christus in die heutige Gesellschaft versetzt und ihn die modernen Schieber und Spekulanten derart gegenüberstellt, daß sogar einer mit dem am Kreuze hängenden Christus über die Herausgabe seiner Memoiren verhandelt. Der Angeklagte bestritt, sich im Sinne der Anklage schuldig gemacht zu haben. Er habe nur zeigen wollen, daß selbst ein Mensch wie Christus in der heutigen Zeit zugrunde gehen müsse, weil es keine wirklichen Christen gäbe und nie welche gegeben habe. Ein Pfarrer der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche erklärte als Sachverständiger, daß zweifellos eine vorsätzliche Gotteslästerung vorliege; Spott und Hohn würden über Christus ausgeschüttet, der reine Bolschewismus mache sich in dem Buche breit. Der Staatsanwalt beantragte sowohl gegen Einstein als Verfasser, als auch gegen Rowohlt als Verleger sechs Monate Gefängnis. Der Urteilsspruch wurde dann auf morgen vertagt.

Der „Leihsarg", die neuste deutsche Erfindung. Da die hohen Sargpreise zurzeit unerschwinglich sind, soll in Augsburg der Leihsarg eingeführt werden. Es ist das ein Attrappe, die nach Beendigung der Trauerfeier wieder aus der Grube hochgezogen wird, während die sarglos begrabene Leiche mit Erde zugedeckt wird. Der Leihsarg wird dann stets wieder weiter verwendet.

Ein zwei Zentner schwerer Mammutzahn gefunden. Dem Museum in Recklinghausen wurde von der Bergwerksdirektion Recklinghausen ein bei den Kanalerweiterungsarbeiten in Bottrop gefundener Mammutzahn überwiesen, der bei einer Länge von 2,84 Metern das ansehnliche Gewicht von zwei Zentnern hat.

Aus der Provinz

Bauarbeiterbewegung im Industriebezirk Bitterfeld

Der ADGB. verhandelt, die Arbeiter handeln!

Ohne vorherigen Beschluß verliehen am 11. Oktober vormittags alle Bauarbeiter des Industriebezirkes Bitterfeld ihre Bauten und demonstrierten vor den Bureaus ihrer Bauleitungen für folgende Forderung: Sofortige Auszahlung einer Entschuldungssumme von 2000 Mark. Zu diesem Schritt wurden die Bauarbeiter des Industriebezirks Bitterfeld gezwungen, weil die Bauleitungen die Lohnzulage von 22,20 Mk., die ab 1. Oktober bereits zu zahlen war, noch immer nicht ausgezahlt haben.

Mit dieser Forderung wurden Kommissionen, die auf den einzelnen Bauten gewählt waren, zu den verschiedenen Bauunternehmern entsandt. Ueber das Ergebnis der Verhandlungen ist noch nichts bekannt.

Arbeiter der chemischen Werke Bitterfelds, betrachtet den Kampf der Bauarbeiter als den Euren, übt Solidarität und unterstützt die kämpfenden Bauarbeiter. Der Kampf gegen den Hunger, gegen die Verelendung der Arbeiterschaft kann nur geführt werden in geeinigter Front.

Städtetagung in Magdeburg

Am 7. und 8. Oktober tagten in Magdeburg der Städteordnungsausschuß des Deutschen Städtetages und der Vorstand des Preußischen Städtetages. Der Städteordnungsausschuß nahm in Fortsetzung seiner früheren Verhandlungen ein vorläufiges Gutachten vom Reichsminister a. D. Koch und Ministerialrat Ruer über die Lage nach der geltenden Reichsverfassung entgegen. Im Anschluß daran wurde die Frage, innerhalb welcher Grenzen es möglich sei, einheitliches Stadtrecht in Deutschland zu schaffen, eingehend erörtert. Das Ergebnis war, daß mit der Beschleunigung ein vollständiger Entwurf über die Vereinheitlichung städtischer Gebiete im Stadtverfassungsrecht aufgestellt werden soll. Der Vorstand des Preußischen Städtetages beschäftigte sich ebenfalls mit dem Entwurf der preußischen Städteordnung. Es wurden zahlreiche Abänderungsanträge beschlossen. Auf dem Gebiete des städtischen Steuer- und Gebührenwesens sei es eine Notwendigkeit, bei dem Steuer- und Gebührensatz mit dem entwerteten Geldwert Schritt zu halten. Es müsse verlangt werden, daß nach dem Vorgang bei den niederen Schulen auch für die höheren Schulen die Zuschußpflicht des Staates festgelegt wird. Das kommunale höhere Schulwesen könne nicht erhalten werden, wenn den Städten nicht gesetzlich feststehende Mittel dafür zur Verfügung gestellt werden. Mit Nachdruck nahm der Vorstand dabei Stellung gegen den Beschluß des Reichsverbandes der deutschen Industrie, der durch Erdrosselung des Gewerbestandes den Städten die letzte Lebensader abbinden will. Die Vernichtung der Gewerbesteuerfragen bedeutet nicht nur das Ende der Selbstverwaltung, sondern die Stillegung sachlicher Gemeindearbeit überhaupt. Endlich verlangt der Preußische Städtetag, daß durch die Einführung des Vorkaufsrechts für alle Grundstücksverkäufe der Ueberfremdung des städtischen Grundbesitzes entgegengearbeitet werden soll.

Erhöhung der Wochenhilfe

Zu dem am Montag unter dieser Spitzmarke erschienenen Artikel wird uns ergänzend mitgeteilt, daß das Stillgeld nicht von 8 auf 15 Mark, sondern auf 25 Mark erhöht worden ist. Weiter ist die Verordnung nicht am 22., sondern am 29. September in Kraft getreten. Wir bitten, dies zu beachten.

Holzweißig

Die Kirche hat einen guten Magen. In der letzten Woche ist es wiederholt vorgekommen, daß Genossen, die schon seit langem den Austritt aus der Kirche vollzogen — ein Genosse sogar vor 12 Jahren —, jetzt durch Zustellung des Steuerzettels zur Zahlung der Kirchensteuer aufgefordert wurden. Die Kirche hält also nicht nur, trotzdem sie sich „Gemeinschaft der Heiligen" nennt, jeden Menschen fest, wenn er auch noch so „unheilig" ist, sie möchte auch von Leuten, die lange schon nichts mehr mit ihr zu tun haben, die die Erklärung abgegeben, daß sie sich von allem Formelkram der Kirche freigemacht, noch Geld haben. Nun, Geld stinkt ja bekanntlich nicht, und so ist auch bei der Kirche die Hauptsache, Geld zu erraffen, aus welchen Quellen es stammt, ist ihr ganz gleichgültig. Im übrigen möchten wir den hiesigen Kirchenvorstand und seinen Hirten ersuchen, sich das siebente Gebot gründlich in ihr schwaches Hirn einzuhämmern. Wir fordern die Arbeiterschaft auf, aus dem Vorstehenden die nötige Lehre zu ziehen und der Kirche den Rücken zu kehren. Diejenigen Klassengenossen, die den Austritt aus der Kirche schon vollzogen haben, ersuchen wir, dem Ueberbringer des Kirchensteuerzettels glatt die Türe zu weisen. Mögen sie ihr Geld sonstwo holen. Meldet auch Eure Kinder vom Religionsunterricht ab.

Wolfen

Alles für den Reichsbetriebsrätekongreß! Nachdem vor einigen Tagen, wie wir bereits berichtet haben, die Bauarbeiter der Baustellen Ost und Elektrolyse der Firma Lingesleben sich für Einberufung des Reichsbetriebsrätekongresses erklärt haben, schlossen sich dieser Forderung nunmehr auch die Arbeiter der übrigen Baustellen der genannten Firma an. Immer mehr faßt die Bewegung zugunsten des Betriebsrätekongresses unter der notleidenden Arbeiterschaft Fuß.

Golpa

Ein Erfolg der Betriebsfraktion der Grube Golpa war die am 10. Oktober d. J. tagende kombinierte Vertrauensmännner-Sitzung der Elektrowerke Zschornewitz-Golpa. Mit großer, allgemeiner Entrüstung wurde das Verhalten der Gewerkschaften im allgemeinen, des Bergarbeiter-Verbandes im besonderen, beim ersten Punkt der Tagesordnung: „Lohnfragen" verurteilt. „Ein Ende diesem Schachergeschäft", war durchweg Wunsch und Wille der Vertrauensleute. Beweis dafür, daß die Kollegen die revolutionären Industrie-Verbände erstehen lassen wollen, zeigt folgende vom Genossen Schuster-Golpa eingebrachte und einstimmig (bei einer Stimmenthaltung von 36 Anwesenden) angenommene Resolution: „Die kombinierte Vertrauensmänner-Sitzung Zschornewitz-Golpa, vom 10. Oktober, verwirft die bisherige Taktik der Arbeitsgemeinschaft im Kampfe gegen Hunger und Ausbeutung durch das Unternehmertum und stellt sich voll und ganz auf den Boden des Reichsbetriebsrätekongresses am 22. Oktober 1922." Delegierter, Betriebsratsmitglied Genosse Müller-Golpa erstattete Bericht über die Berliner Konferenz. Genosse Sorgenfrei stellte darauf das Verhalten seines Zschornewitzer Betriebsrats-Obmanns Krippendorf zum Reichsbetriebsrätekongreß öffentlich an den Pranger, was unter Punkt: „Betriebsfragen" von Zschornewitzer und Golpaer Seite mehrmals noch getan wurde. Einstimmig war die Meinung über den sogenannten „Dezernenten" Bube, der, nachdem er von Golpa rausgeworfen, seine „Tätigkeit" ganz auf Zschornewitz verlegt hat, der aber auch da seinem „Wirken" entsprechend „behandelt" werden soll. Im Verschiedenen wurde von mehreren Kollegen das detailliert, was in der gefaßten Resolution unter Hunger und Ausbeutung zusammengefaßt worden war. Die Kontrollausschüsse Golpa, Zschornewitz und Gräfenhainichen sollen demnächst in Funktion treten. Die nächste kombinierte Sitzung einzuberufen, erhält Zschornewitz als Aufgabe zugewiesen.

Staßfurt

Seh'n Sie, das ist ein Geschäft .... Die Staßfurter Chemische Fabrik A.-G. beglückte die Aktionäre mit der Ankündigung, daß für das letzte Jahr 100 Prozent Dividende ausgeschüttet werden sollen. — 100 Prozent Dividende! Aus den Knochen der Arbeiter herausgeschundene Mehrwerte, die die Aktionäre für ihr süßes Nichtstun sich unrechtmäßigerweise aneignen. Und dabei sind die Löhne der Chemiearbeiter von einer erschreckenden — Höhe! Wann endlich werden die Arbeiter dieser verfluchten Gesellschaftsordnung den Hals umdrehen!!

Aus Furcht vor Strafe erhängt hat sich die Frau des Zuschneiders M., der aus dem Konfektionshaus Seeckt Stoffe für mehr als 100 00 Mark entwendet hat. Auf ihr ruhte der Verdacht der Hehlerei. Ihr Mann ist geflüchtet.

Der Amateursozialist

44]

Roman von Bernhard Shaw

„Worauf die Künstler verhungern und wir keine Kunst mehr haben."

„Mein Herr", sagte Trefusis, den dieses Wort erregt hatte, „ich als Sozialist kann Ihnen erzählen, daß heute das Verhungern unmöglich ist, wenn nicht, wie in England, freie Männer mit Gewalt verhindert werden, ihre nötige Nahrung zu produzieren. Und Sie als Künstler können mir erzählen, daß heute alle großen Künstler verhungern müssen, wenn sie nicht durch Mildtätigkeit, eigenes Vermögen oder durch mühsame Lohnarbeit, die sie von ihrem eigentlichen Beruf abbringt, am Leben gehalten werden."

„O", sagte Erskine. „Dann haben schließlich die Sozialisten sehr wenig Sympathie mit den Künstern."

„Ich fürchte", sagte Trefusis und nahm sich zusammen, so daß er wieder ruhig sprach, „wenn ein Sozialist hört, daß man für eine Zeichnung, die Andrea del Sarto gern für einen Schilling verkaufte, hundert Pfund bezahlt, dann quält er sein Herz nicht mit Mitleid für den angeblichen Verlust der Künstler, wie das die modernen Kapitalisten tun. Und doch ist das heutzutage der einzige Weg, um Sympathie für die alten Meister zu zeigen. Das ist das Schlimme an der Sache, wenn Sie Ihre Zeichnungen verkaufen wollen, dann haben sie noch nicht diesen Marktwert."

„Aber", fügte er, sich schüttelnd, hinzu und sah sich fröhlich um, „ich bin nicht hierhergekommen, um Fachgespräche zu führen. Wir wollen nicht an die Sündflut denken und uns auf unsere Art weiter vergnügen."

„Nein", sagte Jane. „Reden Sie nur über Kunst. Es ist eine solche Erlösung, wenn man jemand vernünftig darüber sprechen hört. Ich hasse das Radieren. Man bekommt schlechte Augen davon — wenigstens hat die Säure Sir Charles' Augen angegriffen, und der Unterschied zwischen dem ersten und zweiten Abzug besteht nur in der Einbildung, höchstens, daß der letzte Abzug schlechter ist als der — da ist das Essen!"

Sie gingen dann hinab. Trefusis saß zwischen Agatha und Lady Brandon, mit der er sich ausschließlich unterhielt. Sie plauderten zusammen, ohne daß sie sich viel durch das Geschäft des Essens stören ließen. Denn Jane hatte trotz ihres Umfangs nur einen geringen Appetit und fürchtete sich, fett zu werden, und Trefusis war grundsätzlich mäßig. Sir Charles zeigte sich ungewöhnlich schweigsam. Er fürchtete sich, über Kunst zu reden, damit ihm nicht Trefusis widersprechen sollte, der, wie er schon fühlte, sich weniger daraus machte, aber mehr davon verstand als er selbst. Nachdem er Agatha zuerst ein paar Bemerkungen über die Schönheit des erwachenden Frühlings gesagt und sie dann gefragt hatte, ob sie von der Reise ermüdet sei, hatte er auch alles gesagt, was ihm bei einem solchen ersten Zusammentreffen einfallen konnte. Sie selbst richtete ihre ganze Aufmerksamkeit auf Trefusis, der nach ihrer Meinung doch wissen mußte, daß ihm alle mit Ausnahme von Jane feindlich gesinnt waren. Aber er schien ebenso selbstzufrieden zu sein wie damals, als er sie zum Narren gehalten hatte. Dieser Gedanke stumpfte ihren Zorn ab. Sie zweifelte nicht an ihrer aufrichtigen Antipathie gegen ihn, obgleich sich heimlich in ihr ein Widerspruch regte, als sie sich einredete, sie sei unzufrieden, ihn wieder zu treffen und sie wolle nicht mit ihm sprechen. Gertrude gab inzwischen Erskine kurze Antworten und beglückte auf Trefusis. Sie hatte aus dem häuslichen Gezänke der letzten Tage so viel entnommen, daß Lady Brandon gegen den Willen ihres Mannes einen berüchtigten Demagogen, den reichen Sohn eines erfolgreichen Baumwollspinners, zu einem Besuch auf Beeches eingeladen hatte. Sie war entschlossen, sich einen Mann von oben herab zu behandeln. Als sie aber den längst vergessenen Smilasch wiedererkannte, war sie so erstaunt, daß sie nicht wußte, was sie tun sollte. So verharrte sie in steifem Schweigen, und um nichts Unpassendes zu tun, tat sie gar nichts, wie das die Gewohnheit der englischen Damen in solchen Fällen ist. Nach und nach hatte dann sein unbefangenes Selbstbewußtsein sie ebenso gefesselt wie die andern, und ihre Absicht, ihn verächtlich zu behandeln, verschwand, wie so viele Vorsätze, die man nicht ausführt. Erskine blieb allein frei von dem Einfluß des Eindringlings. Er wünschte sich selbst an einen anderen Ort, aber abgesehen von Gertrude störte ihn die Gegenwart oder Abwesenheit irgendeines Menschen sehr wenig.

„Wie geht es denn Jansenius'?" fragte Trefusis plötzlich und wandte sich an Agatha.

„Danke, es geht ihnen sehr gut", sagte sie in gemessenem Tone.

„Ich traf kürzlich John Jansenius in der Stadt. Sie kennen Jansenius?" fügte er, zu Sir Charles gewendet, bei. „Cotmans Bank — der letzte Cotman, der in der Firma war, starb, bevor wir gehoren wurden. Der Präsident der Transkanadischen Eisenbahngesellschaft."

„Ich kenne den Namen. Ich bin selten in der City."

„Natürlich," stimmte Trefusis bei. „Denn wer wollte sich wohl selbst damit quälen und sich, ohne dazu gezwungen zu sein, unter eine solche Sklavenmenge begeben? Ich meine natürlich Sklaven des Mammon. In Cornhill an ihren Gesichtern vorbei Spießruten zu laufen, das kann einen feinfühlenden Mann auf Stunden zur Verzweiflung bringen. Nun, Jansenius, der eine hohe Stellung am Hofe Mammons einnimmt, sieht sich dort nach einem guten Posten für seinen Sohn um. Jansenius ist übrigens der Vormund von Miß Wylie und der Vater meiner verstorbenen Frau."

Agatha hätte dem am liebsten widersprochen, da es aber wahr war, mußte sie es ruhig anhören. Sie wollte aber zeigen, daß die Beziehungen zwischen ihrer Familie und Trefusis keine herzlichen seien, und fragte absichtlich: „Hat Mr. Jansenius mit Ihnen gesprochen?"

Gertrude blickte auf, als sei das eine unpassende Bemerkung für eine Dame.

„Ja," sagte Trefusis. „Wir sind die besten Freunde in der Welt — wenigstens so weit das möglich ist. Er wollte meine Unterschrift zu einem Fonds haben, der den Armen aus Eastend dadurch hilft, daß er ihnen die Auswanderung möglich macht."

„Ich nehme an, Sie haben reichlich gezeichnet," sagte Erskine. „Das war doch eine Gelegenheit, auch praktisch etwas Gutes zu tun."

„Ich hab' es nicht getan," sagte Trefusis und lächelte über den Spott. „Diese Transkanadische Eisenbahngesellschaft hat von der kanadischen Regierung eine große Menge mageres Land umsonst erhalten. Sie hält es nun für eine gute Idee, englische Arbeiter dort anzusiedeln und eine Rente von ihnen zu beziehen. Viele englische Arbeiter, die durch Maschinen, billige fremde Arbeit oder durch sonst etwas brotlos geworden waren, wollten gern gehen. Da sie aber die Ueberfahrt nach Kanada nicht bezahlen konnten, wandte sich die Gesellschaft an die öffentliche Mildtätigkeit, durch Unterzeichnung für sie zu bezahlen, da der Wechsel ihre elende Lage verbessern werde. Ich sah aber nicht ein, warum ich Geld ausgeben sollte, um eine reiche Gesellschaft mit Farmern zu versehen, und ich sagte das auch Jansenius. Er entgegnete, wenn es auf Geld und nicht auf Redensarten ankäme, dann würden die englischen Arbeiter bald einsehen, wer ihre wirklichen Freunde seien."

„Ich verstehe nichts von solchen Fragen," sagte Sir Charles und machte ein Gesicht, als ob er etwas Ueberzeugendes vorbrächte. „Aber ich sehe nicht ein, was man gegen die Auswanderung vorbringen könnte."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019221012-16/fragment/page=0003

«UFA» «UFA» «UFA» «UFA» «UFA»

Leipziger Str. 88 Fernruf 1224. — UT — **Leipziger Str. 88** Fernruf 1224.

Ab morgen, Freitag, den 13. Oktober:
Das Elite-Programm! Das große, glänzende Filmschauspiel
Sünden von gestern!
5 Akte nach dem bekannten Roman des Sven Elvestade.
In den Hauptrollen:
Erich Kaiser-Titz, Alfred Gerasch, Gina Kelly u. a.
Vorführung: 4.00 6.30 9.10.
Der 4. Teil des Riesen-Sensations-Abenteuerfilms
Unter der roten Maske.
„Das geheimnisvolle Haus".
6 Akte voll spannender, sensationeller Handlung.
Aus dem Inhalt: Der Kampf um verbotene Narkotika — Das geheimnisvolle Pflanzengewächs — Die Flucht über die Dächer u. a.
Vorführung 5.20 8.00.
Infolge der außergewöhnlichen Länge des Programms
Beginn der Abendvorstellung 8 Uhr.

Walhalla-Lichtspieltheater Fernruf 6265. — WT — **Walhalla-Lichtspieltheater** Fernruf 6265.

Ab morgen, Freitag, den 13. Oktober:
Max Landa, der Schöpfer des „Gentleman Detektiv", in dem überaus spannenden, ausgezeichneten Detektivfilm (5 Akte)
Der Passagier von Nr. 7.
Der Detektiv Max Landa — Ellen Willins Hanni Weihe.
Vorführung 4.10 6.40 9.10.
Leo Peukert in dem Lustspiel in 3 Akten
„Der Herr Landrat".
Vorführung: 5.40 8.10.
Charlie Chaplin in der Groteske
Chaplin auf dem Maskenball

Alte Promenade 11a Fernruf 5738. — UT — **Alte Promenade 11a** Fernruf 5738.

Ab morgen, Freitag, den 13. Oktober:
Das große Kunstwerk
:: Sodoms Ende ::
5 Akte nach dem gleichnamigen Drama von Hermann Sudermann.
In den Hauptrollen:
Hans Junkermann. Erna Morena. Grete Freund. Emil Rameau. Alfred Gerasch. Paul Bildt. Paul Biensfeldt und andere.
Vorführung: 4.30 6.40 8.50.
Charlie Chaplin in der Groteske in 2 Akten
Chaplin bei Anna Boleyn.

Beginn in sämtlichen Theatern Sonntags 3 Uhr, wochentags 4 Uhr. 4060

«UFA» «UFA» «UFA» «UFA» «UFA»

K.P.D

Kommunistische Partei Deutschlands

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.

Bureau und Kasse: Lerchenfeldstraße 14, Fernspr. 1473. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 1 und 4 bis 7 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Kommunistische Eisenbahner, Sonntag, den 15 Oktober, vormitt 10½ Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft": Sehr wichtige Sitzung.

Kommunistische Maler. Sonnabend, 14 Oktbr., abds. 8 Uhr, in der „Goldenen Kette": Sehr wichtige Sitzung.

Distrikt 1. Freitag, 13. Oktbr., abds. 8 Uhr, bei Kutzschbauch, Gr. Klausstraße: Distriktsversammlung.

Distrikt 9a. Freitag, 13. Oktbr., abds. 8 Uhr, im „Thüringer Schlößchen": Sitzung der Partei- und Gewerkschafts-Funktionäre. Von den Hundert- und Zehnerschaften ist keiner darf niemand fehlen. — Die Distriktsversammlung fällt an diesem Tage aus.

Halle-Saalkreis.

Brachwitz. Freitag, 13 Oktbr., abds. 8 Uhr, im Gasthof Mieth Mitgliederversammlung.

Sennewitz. Freitag, 13. Oktbr., abds 8 Uhr in d. neuen Schule Mitgliederversammlung.

Kleinkugel. Sonnabend, 14. Oktbr., abds 8 Uhr, im Gasthof Pille in Naundorf: Oeffentliche Versammlung. Referent: Genosse Karl Oertel (Halle).

Beesen. Halbeln u. Schlettau. Sonnabend 14 Oktbr., abds. 8 Uhr, im Gasthof Wernicke in Schlettau: Mitglieder-Versammlung. Referent: Genosse Gustav Bormann (Halle).

Kreis Bitterfeld.

Holzweißig. Freitag, 13. Oktbr., abds. 8 Uhr, im Häßerschen Lokale: Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung. Preßkommission und Klassenkampfausträger müssen um 7 Uhr zu einer Besprechung im Versammlungslokal erscheinen.

Wolfen. Freitag, 13. Oktober, im Restaurant Wehde: Wichtige Betriebsfaktions-Versammlung. Referent zur Stelle.

Kreis Merseburg.

Merseburg. Freitag, abends 8 Uhr, in der „Funkenburg": Außerordentliche Funktionärsitzung. Wegen der Wichtigkeit des Beratungsstoffes ist das Erscheinen aller Funktionäre unbedingt notwendig.

Kreis Zeitz.

Haynsburg. Sonnabend, den 14. Oktober, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung.

Haynsburg. Sonnabend, 14 Oktober, abends 8 Uhr, im Parteilokal: Mitglieder-Versammlung.

Kreis Sangerhausen.

Bräcken. Freitag, den 13. Oktober, abends 8 Uhr, im Gasthof Krause: Oeffentl. Versammlung. Thema Die kommenden Kreistagswahlen. Referent: Genosse Joseph Schippa (Halle).

Petern. Sonnabend, den 14. Oktober, abends 8 Uhr, im Goethehaus: Oeffentliche Versammlung. Thema: Die kommenden Kreistagswahlen. Referent: Genosse Landtagsabgeordneter Gustav Menzel (Halle).

Blankenheim. Sonnabend, 14. Oktober, abds. 8 Uhr, im Lokal Wendt: Oeffentliche Versammlung. Thema: „Die politische Lage und die Kreistagswahl". Referent: Genosse Joh. Höcker (Halle).

Bielen. Freitag, 20. Oktbr., abds. 8 Uhr, bei Gastwirt Wolte: Oeffentliche Versammlung. Thema: „Die politische Lage und die Kreistagswahlen". Referent: Gen. Max Lademann

Alle Ortsgruppen der KPD. die Veranstaltungen vornehmen und hierzu Drucksachen benötigen, und verpflichtet, diese in unserer Druckerei herstellen zu lassen.

Hausfrauen, kauft nur bei unseren Inserenten!

Versammlungen.

Ortsverein Halle.

Bureau: Lerchenfeldstraße 14, Fernspr. 1473. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 1 und 4 bis 7 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Kommunistische Eisenbahner, Sonntag, den 15 Oktober, vormitt 10½ Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft": Sehr wichtige Sitzung.

Kommunistische Maler. Sonnabend, 14 Oktbr., abds. 8 Uhr, in der „Goldenen Kette": Sehr wichtige Sitzung.

Distrikt 1. Freitag, 13. Oktbr., abds. 8 Uhr, bei Kutzschbauch, Gr. Klausstraße: Distriktsversammlung.

Distrikt 9a. Freitag, 13. Oktbr., abds. 8 Uhr, im „Thüringer Schlößchen": Sitzung der Partei- und Gewerkschafts-Funktionäre. Von den Hundert- und Zehnerschaften ihrem darf niemand fehlen. — Die Distriktsversammlung fällt an diesem Tage aus.

Halle-Saalkreis.

Brachwitz. Freitag, 13 Oktbr., abds. 8 Uhr, im Gasthof Mieth Mitgliederversammlung.

Sennewitz. Freitag, 13. Oktbr., abds 8 Uhr in d. neuen Schule Mitgliederversammlung.

Kleinkugel. Sonnabend, 14. Oktbr., abds 8 Uhr, im Gasthof Pille in Naundorf: Oeffentliche Versammlung. Referent: Genosse Karl Oertel (Halle).

Beesen. Halbeln u. Schlettau. Sonnabend 14 Oktbr., abds. 8 Uhr, im Gasthof Wernicke in Schlettau: Mitglieder-Versammlung. Referent: Genosse Gustav Bormann (Halle).

Kreis Bitterfeld.

Holzweißig. Freitag, 13. Oktbr., abds. 8 Uhr, im Häßerschen Lokale: Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung. Preßkommission und Klassenkampfausträger müssen um 7 Uhr zu einer Besprechung im Versammlungslokal erscheinen.

Wolfen. Freitag, 13. Oktober, im Restaurant Wehde: Wichtige Betriebsfaktions-Versammlung. Referent zur Stelle.

Kreis Merseburg.

Merseburg. Freitag, abends 8 Uhr, in der „Funkenburg": Außerordentliche Funktionärsitzung. Wegen der Wichtigkeit des Beratungsstoffes ist das Erscheinen aller Funktionäre unbedingt notwendig.

Kreis Zeitz.

Haynsburg. Sonnabend, den 14. Oktober, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung.

Haynsburg. Sonnabend, 14 Oktober, abends 8 Uhr, im Parteilokal: Mitglieder-Versammlung.

Kreis Sangerhausen.

Bräcken. Freitag, den 13. Oktober, abends 8 Uhr, im Gasthof Krause: Oeffentl. Versammlung. Thema Die kommenden Kreistagswahlen. Referent: Genosse Joseph Schippa (Halle).

Petern. Sonnabend, den 14. Oktober, abends 8 Uhr, im Goethehaus: Oeffentliche Versammlung. Thema: Die kommenden Kreistagswahlen. Referent: Genosse Landtagsabgeordneter Gustav Menzel (Halle).

Blankenheim. Sonnabend, 14. Oktober, abds. 8 Uhr, im Lokal Wendt: Oeffentliche Versammlung. Thema: „Die politische Lage und die Kreistagswahl". Referent: Genosse Joh. Höcker (Halle).

Bielen. Freitag, 20. Oktbr., abds. 8 Uhr, bei Gastwirt Wolte: Oeffentliche Versammlung. Thema: „Die politische Lage und die Kreistagswahlen". Referent: Gen. Max Lademann

Seeben.
Sonntag, den 22. u. Montag, den 23. Oktober:
Gr. Kirmes.
Hierzu ladet freundlichst ein *651
Der Wirt. Karl Glaser.
Ein Karussell oder eine Schaukel kann noch Platz bekommen.

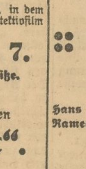
Ihre Zufriedenheit
ist unser bester Gewinn!
Denken Sie daran
bei dem Bedarf an
Bettwäsche
wie billig wir sind!
Deckbettbezüge 1450,00, 1575,00 usw.
Kopfkissen 240,00, 290,00, 325,00
Bettlaken 550,00, 625,00, 685,00 usw.
Wäschestoffe 175,00, 195,00, 205,00 usw.
Sichern Sie sich durch Anzahlung gekaufte Waren zur späteren Abholung.
Berliner Bettwäschefabriken, *662
Verkaufsstelle:
Halle, Ludwig-Wucherer-Str. 28.

Lebensmittel
kauft jeder in anerkannt besten Qualitäten stets preiswert und gut bei
Otto Bornschein G. m. b. H. 4059
Halle, Mittelstr. 21.

Winterhemden, Einsatzhemden, Derbe Socken
preiswert. 4067
Dauerwäsche-Vertrieb
Kl. Berlin 2 eine Treppe, Eg. Steinstr.

Nach jahrelanger Klinik- und Krankenhaustätigkeit, zuletzt zwei Jahre in der Universitäts-Frauenklinik zu Halle a. d. S., habe ich mich in Halle a. d. S., Große Steinstraße 47 (neben Walhalla) als
praktischer Arzt und Geburtshelfer
niedergelassen. Dr. med. **Meding.**
Sprechstunden 9-11 Uhr vorm., 3-5 Uhr nachm. Telephon Nr. 4069. Telephon Nr. 4069
Bei allen Krankenkassen zugelassen

Alle Parteischriften
empfiehlt die **Volksbuchhandlung.**


Jeder Geflügel- und Kleintierhalter
spart viel Geld
wenn er der Genossenschaft beitritt. Wir geben bis auf weiteres jedem Neubeitretenden und für jeden Geschäftsanteil ¼ Zentner Ia. Körnerfutter. Wer vier Anteile zeichnet (je 500 Mk.)
erhält
also 1 Zentner Ia. Körnerfutter, woran er nach den heutigen Verkaufs- und Marktpreisen mindestens
1000 Mark
spart, die Hälfte der eingezahlten Anteilssumme wird ihm also vergütet. — Auskunft u. Näheres in unserm Geschäftsladen
Gr. Märkerstraße 5.
Elverge Ein- u. Verkaufsgenossenschaft der Geflügel- u. Kleintierzüchter der Provinz Sachsen e. G. m. b. H.
Erstes und größtes Spezial-Geschäft der Provinz Sachsen. 4053

Soeben erschien! Soeben erschien!
ARBEITER-WANDKALENDER
FÜR DAS JAHR 1923
328 Seiten mit 152 Bildern nach Zeichnungen deutscher, französischer, russischer, englischer, italienischer und amerikanischer Künstler und nach Originalphotographien. 8 farbige Beilagen. Geschichtskalender. Weltwirtschaftliche Notizen und Tabellen. Auszüge aus Werken, Schriften und Reden von Marx, Engels, Lassalle, Danton, Robespierre, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Wilhelm Liebknecht, Karl Liebknecht, August Bebel, N. Lenin, L. Trotzki, G. Sinowjew, Eugen Debbs, Clara Zetkin u. a. Gedichte und proletarische Kampflieder.
Preis 200.— M. (Organ. 150.— M.).
Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, **Hamburg 8**
Auslieferung an die Organisationen der KPD. ausschließlich durch VIVA, Berlin SW 61, Planufer 17
Zu beziehen durch:
Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m b. H., Abteilung: Zentral-Buchhandlung, Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14
und deren Filialen. *674

Licht-C.T.-Spiele
Am Riebeckplatz. Am Riebeckplatz.
Ab morgen, Freitag: Nur für Erwachsene!
Der II. Teil des gewaltigsten Monumental-Werkes:
Der Graf von Monte Christo.
2. Teil. (Der Schatz von Monte Christo.) 6 Riesenakte.
Die Leser des weltberühmten Romans sind entzückt, daß sich der Film streng an den Text hält. Die Spannung wächst — — — — — — Jedem Teil geht eine kurze Erläuterung des ersten Teils voraus, so daß neu hinzukommende Besucher vollständig zurechtgestellt werden und sich willig dem Banne dieses einzigartig schönen Filmes für seine weiteren Teile gefangengeben
Ferner: Persönliches Auftreten der weltberühmten 4061 nordischen Filmdiva
Enid Holgers als „Yvette"
in der mimo-dramatischen Oper von Henry Bérény:
La Main (Die Hand).
Regie: Direktor Viktor Falk.
Musikalische Leitung: O. Reuner.
Ein Spielplan für ein verwöhntes Publikum!
Beginn: Wochentags 4.15, Sonntags 3 Uhr.
Fernsprecher 6183. Am Riebeckplatz
Operetten- Theater-Lichtspiele

Licht-C.T.-Spiele
Ab Freitag! Nur für Erwachsene!
Das Riesen-Doppel-Programm.
Priscilla Dean bekannt als „Bettlerin von Stambul"
in:
Unter den Goldgräbern von Dawson City.
Die Spelunke von Dawson City.
Außerdem:
Robert Scholz, der Liebling der Hallenser
in:
Nur eine Nacht..
Raffiniertes Sittendrama in 5 Akten.
Beginn: Wochentags 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr.
Fernsprecher 4681 Grosse Ulrichstraße 1
Im Herzen der Stadt

Bekanntmachung.

Durch Beschluß der jüdischen Körperschaften vom 22 August/4 September 1922 sind die Gebühren für die Benutzung der hiesigen Freibank und der Reinigungseinrichtungen erhöht worden.

Die Gebühren-Ordnung liegt in der Kasse des jüdischen Schlacht- und Viehhofes während der Dienststunden zur Einsichtnahme aus.

Halle, den 7. Oktober 1922. 4051

Der Magistrat.

Wer zieht nach Erfurt?
3-Zimmerwohnung mit Küche, Boden, Keller, Gas- und Ofenheizung gegen ebensolche oder größere in Halle zu tauschen gesucht.
Angebote an R. Schnetter, Halle, Lerchenfeldstraße 14, erbeten.

Damen- u. Herrenfahrrad neu, Stück 20 500.— mit Freilauf u. ja. Bereifung. 4066
H. Bieder, Gr. Steinstraße 35.

Stadt-Theater.
Freitag, den 13. Oktbr., Anf. 7½, Ende n. 10 Uhr
Polenblut.
Operette von O. Nedbal
Sonnabend: **Herr Gynt.** 4005

Thalia-Theater
Sonntag, d. 15 Oktober, abends 7½ Uhr:
Bunbury
Komödie v. Oscar Wilde

Ein Posten Arbeits-, Militär- u. Manchester-Hosen *651 billig.
Lipper, Magdeburger Str. 33 am Walhalla

Gold-, Silber-, Platinbruch, Alte Zahngebisse, Uhren, Ketten, Ringe kauft zu hohen Berliner Preisen. Bitte überzeugen
Metall-Kontor A. Abramowitz, Schmeerstraße 14, I. — Kein Laden! — 4064

Woll- und Seidenschals, sowie 675 **Herren-Handschuhe** noch sehr preiswert
J. Rautenberg, Leipziger Straße 87.

Erbsen, Bohnen, Linsen kauft das kleinste sowie größte Quantum zu hohen Preisen gegen sofortige Kasse 4045
Max Schultze Halle a. d. S., Moritzzwinger 3.

Bettstellen, Matratzen, Kinderwagen in allen Preislagen. Größte Auswahl! Spezialgeschäft von 4049
Bruno Paris, Kl. Ulrichstr. 2.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019221012-16/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Halle, den 12. Oktober 1922

Unterstützt den Kontrollausschuß!

Wie der Landbund die notleidende werktätige Bevölkerung verhöhnt

Der Kontrollausschuß Halle hatte sich schriftlich an den Landbund gewandt mit dem Vorschlag, bei der Preisfestsetzung und Verteilung der Winterkartoffeln mitzuwirken. Darauf hat der Hauptgeschäftsführer folgendes Schreiben an den Obmann des hallischen Kontrollausschusses, Kollegen Julius Pocha, gesandt:

Auf Ihr Schreiben vom 18. d. M. erwidern wir sehr ergebenst, daß wir schon seit langem (!! Die Red.) bemüht sind, die Bevölkerung der Stadt Halle mit Kartoffeln zu versorgen. Die Belieferung erfolgt durch die dafür eingerichteten Stellen, insbesondere auch durch die Konsumvereine (? Die Red.). Durch die Zwischenschaltung weiterer Instanzen (gemeint ist der Kontrollausschuß. Die Red.) würde der Weg vom Erzeuger zum Verbraucher nur verlängert und die Ware verteuert (!! Die Red.). Wir sind daher nicht in der Lage, auf Ihren Vorschlag einzugehen. Unterschrift: unleserlich.

Zu diesem Brief muß die hallische Bevölkerung, soweit sie unter der Not und dem Wucher leidet, unbedingt Stellung nehmen, und insbesondere müssen sich die Eisenbahner damit beschäftigen. Die Antwort der kapitalistischen Junker ist nichts als erbärmlicher Schwindel und Hohn. Verhöhnt wird durch dieses Schreiben aber nicht der Kontrollausschuß als solcher, sondern die gesamte Arbeiterschaft, die den Kontrollausschuß als Ausführungsorgan eingesetzt hat.

Wie steht es mit der Kartoffelversorgung? **Die Ernte ist gut. Regierung und Agrarier haben dauernd versichert, daß die Winterversorgung mit Kartoffeln zu „annehmbaren" Preisen vor sich gehen wird.** Wie steht die Sache jetzt, wo es mit der Einkellerung losgehen soll? **Es sind keine Kartoffeln da.** Einmal ist die schlechte Ernte, besonders die nasse Witterung daran schuld, dann aber sollen überdeckte Güterwagen fehlen. Das ist alles Schwindel, der im Interesse der Junker in Szene gesetzt wird! **In Wirklichkeit ist der Kartoffelmangel darauf zurückzuführen, daß der Dollar auf 3600 gestiegen ist.** Für die Junker bedeutet diese Steigerung neue, riesige „Verdienststeigerung", d. h. erhöhte Wuchergewinne. Da die Wahrscheinlichkeit besteht, daß der Dollar noch weiter steigt, darum werden jetzt die Kartoffeln eingemietet. Im nächsten Frühjahr soll dann die hungernde Bevölkerung 15 oder 20 Mark für das Pfund Kartoffeln bezahlen!

In der Generalversammlung des Allgemeinen Konsumvereins berichtete der Geschäftsführer Schulze, daß sich zurzeit in Mitteldeutschland „Aufkäufer" aus dem besetzten Gebiet herumtreiben, die mit Aktentaschen voll Papiergeld alle „greifbaren" Kartoffeln aufkaufeen und jeden geforderten Preis der Junkern bezahlen. Komisch, daß diese Aufkäufer auch stets zum Transport bedeckte Güterwagen erhalten! Schulz teilte ferner mit, daß der Konsumverein seit einigen Tagen weitere Bestellungen seiner Mitglieder auf Winterkartoffeln ablehnen muß, da nicht einmal die Möglichkeit besteht, die schon gemachten Bestellungen auszuführen.

Im Kreistag des Saalkreises am Dienstag teilte der Gemeindevorsteher Rothe aus Ammendorf mit, daß trotz der Verträge der Gemeinden mit dem Landbund des Saalkreises dieser keine Kartoffeln abgibt, so daß Ammendorf einige Waggons Kartoffeln in Pommern zu Wucherpreisen habe kaufen müssen.

Wie notwendig die Bildung von Kontrollausschüssen und ihre Unterstützung durch die arbeitende Bevölkerung ist, zeigt das herausfordernde Auftreten des Landbundes durch dieses Schreiben. Die Arbeiterschaft darf sich durch die Verleumdungen der sabotierenden Gewerkschaften und VSPD.-Führer nicht irreführen lassen. Sie muß überall Kontrollausschüsse bilden, damit die Junker gezwungen werden können, Kartoffeln zu annehmbaren Preisen abzugeben.

Bald werden 4 Pfund trockenes Brot 100 bis 150 Mark kosten. Dazu die trockenen Kartoffeln 10, 15 und 20 Mark das Pfund. Das wird die Arbeiter und Angestellten mit ihren Frauen und Kindern zwingen, trockenes Brot und Kartoffeln als Delikatesse zu betrachten und zu behandeln. Soll das so weitergehen? Der Kontrollausschuß kann die hallische Bevölkerung mit billigen Kartoffeln versorgen, aber er kann es nur, wenn die ganze werktätige Bevölkerung, wenn die Gewerkschaften, die Betriebsräte, wenn die gesamte arbeitende Bevölkerung dem Kontrollausschuß die Machtmittel in die Hände gibt und ihn bei allen Maßnahmen unterstützt. Es gibt keinen anderen Weg! Je länger die notleidende Bevölkerung zögert, je größer wird ihre Not werden. Wie lange will die hungernde Bevölkerung noch warten?

Programm der Kommunistischen Partei Deutschlands

Wir bringen heute und morgen das von der Zentrale entworfene Parteiprogramm der KPD., das den Zentralausschuß am 14. und 15. Oktober, dann den 4. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale und den voraussichtlich Anfang Januar stattfindenden Parteitag beschäftigen wird, zum Abdruck. Da dieser Entwurf in den nächsten Wochen Gegenstand einer lebhaften Diskussion sein wird, empfiehlt es sich, den Programmentwurf auszuschneiden und aufzubewahren. Wegen dieser Veröffentlichung fällt heute und morgen die tägliche Romanbeilage: Leben, Wissen, Kunst aus. Die Fortsetzung des Romans bringen wir unter dem Strich.

Proletarische Kindererziehung

Der in den früheren Jahren vom Zentralverband der proletarischen Freidenker organisierte Moralunterricht ist von der KPD. übernommen worden und wird innerhalb der KPD.-Kindergruppen fortgeführt für alle Arbeiterkinder, die hieran Interesse haben.

Eine im September d. J. in Halle stattgefundene Konferenz proletarischer Erzieher nahm Richtlinien an, die als Grundlage dienen sollen für einheitliche Stoffwahl, Anwendung bestimmter Methoden, Durchführung gleicher Technik in allen Gruppen usw.

Die Wander- und Spielzeit erfährt durch die vorgerückte Jahreszeit naturgemäß eine gewisse Einschränkung. Höchste Zeit ist es, unseren Proletarierkindern nunmehr das zu geben, was sie meistens leider entbehren mußten: Klassenbewußtsein!

In fröhlichen Spiel- und Unterhaltungsstunden werden die proletarischen Erzieher alles für das Arbeiterkind Wissenswerte besprechen und, entsprechend dem kommunistischen Schulprogramm, wirken.

Es ist Pflicht jedes gewissenhaften Arbeiters und der liebevollen Proletariermutter, ihre Kinder in die Kindergruppen zu schicken. Hier werden die Kinder befreit von dem kirchlichen, nationalistischen und kleinbürgerlichen Denken. Die natürliche Naivität des Kindes findet dort Verständnis, vorhandene Anlagen werden entwickelt und gesteigert. Tatkräftige Mitarbeit der Mütter und Väter wird erwartet.

Der Besuch der Unterhaltungsstunden für Arbeiterkinder durch die Eltern ist sehr erwünscht. Die Leitung liegt in den Händen von 20 Genossen und Genossinnen, die unter der Oberleitung des hallischen Ortsgruppenvorstandes der KPD. das Klassenbewußtsein der Kinder erwecken und stärken wollen.

Behandelt wird a) die natürliche Entwicklungsgeschichte vom Nebelfleck bis zum Menschen; b) Entwicklung, Wesen und Auswirkung der Gesellschaftsformen; c) der historische Materialismus. Die Stoffbearbeitung erfolgt dem kindlichen Auffassungsvermögen entsprechend in leichtfaßlicher Form.

Teilnehmen können alle Mitglieder der KPD.-Kindergruppe und sympathisierende Kinder.

Erwachsene beiderlei Geschlechts, die an diesem Erziehungswerk teilnehmen wollen, werden ersucht, ihre volle Adresse auf dem Bureau der KPD., Ortsgruppe Halle, Lerchenfeldstraße 14, 3 Treppen, zu hinterlegen.

Bildungskurse für Betriebsräte

Ende dieses Monats beginnen an der Volkshochschule einige von der Freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale eingerichtete Vortragskurse für Betriebsräte.

1. Grundrente und Kapitalzins. Professor Dr. Joerges. Mittwochs — sieben Abende, Beginn: 25. Oktober, abends 8 Uhr, im Hörsaal 19 der Universität. Der Vortragende behandelt die kapitalistische Wirtschaftsordnung in ihrer geschichtlichen Entwicklung und zeigt das Wesen und die Erscheinungsformen der Grundrenten und des Kapitalzinses. Jedes Betriebsratsmitglied sollte an diesem Kursus teilnehmen, um seine wirtschaftspolitischen Kenntnisse zu erweitern.

2. Sozialversicherung. Arbeitersekretär Grabow. Freitags — Beginn: 27. Oktober, abends 8 Uhr, im Gesangssaal des Lyzeums I, Alte Promenade 21. Referent wird in acht Abenden die wichtigsten Fragen der Kranken- und Unfallversicherung besprechen.

3. Gewerbehygiene. Kreismedizinalrat Dr. Kühnlein. Freitags — acht Abende — Beginn: 27. Oktober, abends 9 Uhr, im Hörsaal 17 der Universität. Dr. Kühnlein spricht über allgemeine Gesundheitslehre, gesellschaftliche Schäden für die Volksgesundheit, Gesundheitsschäden in Gewerbebetrieben und Verhütung derselben.

Die Teilnahme an den beiden letztgenannten Kursen empfiehlt sich besonders denjenigen Betriebsräten, die in den Betrieben speziell die sozialpolitischen Aufgaben zu erledigen haben. Die Vorträge sind aber auch für jedermann interessant genug, so daß eine rege Teilnahme erwartet wird. Teilnehmerkarten sind gegen Zahlung der bedeutend ermäßigten Hörergebühr von 15 Mk. für jeden Kursus im Arbeitersekretariat, Harz 42/44, zu haben. Außer den Betriebsräten können, soweit die Räume ausreichen, auch sonstige freigewerkschaftlich organisierte Kollegen zu den vorgenannten Kursen Karten bei uns erhalten.

* **Besichtigung des geologischen und mineralogischen Museums am Domplatz** findet am Sonntag, dem 15. Oktober, vormittags 10 Uhr, statt. Alle Parteigenossinnen und -genossen, vor allem die jüngeren Mitglieder, sind hierzu eingeladen. Treffpunkt ½10 Uhr am Domplatz. Teilnehmerkarten im Vorverkauf zu 5 Mk. in der Bezirksbuchhandlung, Lerchenfeldstraße 14 II, und bei allen Funktionären der Jugend.

* **Berend-Groa**, die bestbekannte Sprecherin des arbeitenden Volkes, kommt zum **Soermus-Konzert** nach Halle, um mit ihrer großen Kunst den musikalischen Teil des Programms zu ergänzen. Besucht diesen Abend! Der Vorverkauf hat begonnen.

* **Volkshochschule.** Der Arbeitsplan des Wintersemesters (Beginn Montag, den 23. Oktober) ist erschienen und für Interessenten unentgeltlich bei dem Amtsgehilfen der Universität, in den Verkaufsstellen der Zeitungen und Große Märkerstraße 10 (Schulbureau) zu haben. Hier auch Verkauf der Hörerkarten.

Theater und Konzerte

Die Volksbühne veranstaltete am Dienstag einen „Vortragsabend deutscher Dichtung". Dazu hatte sie den Lektor für Vortragskunst an der Universität Berlin, Dr. Michaelis, bestellt; ein gutgenährter, gutgekleideter und vor allen Dingen ein „gut deutscher", anscheinend allzu deutscher Herr. Wie er Grimm, Eichendorff, Storm, Mörike, Fontane und Reuter vortrug und was er von diesen Dichtern zum Vortrag brachte, das aimete durchaus den Geist des kleinbürgerlichen Idylls, der satten Behaglichkeit und jener Romantik, die gerade bis zum Wetterhahn der heimatlichen Kirchturmspitze hinanreicht. Um sich für dieses Programm und seinen Vortrag zu begeistern, muß man schon eine gehörige Portion Spießertum in sich haben. Politisch entwickelt, führt diese Linie schlimmstenfalls zur Reaktion, bestenfalls zur Sozialdemokratie. Wenn die Volksbühnenleitung sich weiter so entwickelt, wird die Arbeiterschaft früher oder später vor dem Besuch derartiger Vorstellungen gewarnt werden müssen. O. M.

Ammendorf

Die erste Niederlage haben sich die „Vereinigten" in der Generalversammlung des Konsumvereins geholt. Trotzdem sie noch in letzter Stunde eine wüste Hetze gegen die Kommunisten geführt hatten, wurde die kommunistische Liste gewählt. Die Arbeiterschaft hat eben kein Vertrauen mehr zu den menschewistischen Führern, von denen sie schon so oft verraten worden ist. Alles war auf die Beine gebracht worden, um die kommunistische Liste niederzustimmen. Aber alles hat nichts genutzt. Die sympathisierenden Arbeiter blieben bei den Kommunisten. In einem Artikel am Freitag „zerkleinert" ein Schreiber die Zerschlagung der nach dem Rathenaumord geschaffenen Einheitsfront. Wir wollen die Diskussion darüber abbrechen, möchten aber nur die Ausführungen erwähnen, die von den Rednern der jetzt in der VSPD. zusammengeflossenen Funktionäre gemacht worden sind. Aus diesen Erklärungen geht deutlich genug hervor, wer die Arbeitsgemeinschaft zerschlagen hat. In dieser letzten Sitzung gaben sie selbst zu, daß ihre Parteigenossen ihnen Vorwürfe machen, daß sie überhaupt noch in der Arbeitsgemeinschaft sitzen. Sie sind also nur mit der Absicht in die Sitzung gekommen, um zu erklären, daß sie aus der Arbeitsgemeinschaft austreten werden, da ja, wie ein anderer erklärte, **die Teuerung noch gar nicht so schlimm sei!**

Könnern

Die proletarische Kulturvereinigung veranstaltet am Sonnabend, dem 14. Oktober, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten" einen Theaterabend. Zur Aufführung gelangt das Schauspiel „Ausgewiesen". Der Arbeiterschaft kann der Besuch dieser Veranstaltung nur empfohlen werden.

Die Lüge von den „hohen" Löhnen

Ein Zimmerer schreibt uns:

Unter dieser Ueberschrift wird in der Beilage der Nummer 466 der „Saalesche Zeitung" ein Artikel veröffentlicht, jedenfalls vom Arbeitgeberverband des Baugewerbes, worin zum Ausdruck gebracht wird, daß die „hohen" Löhne im Baugewerbe schuld daran sind, daß die Bauten so teuer werden und dadurch eine größere Anzahl Bauprojekte nicht zur Ausführung gelangen usw.

Der Zweck dieses Artikels soll nur sein, die Bevölkerung gegen die Arbeiter des Baugewerbes aufzuhetzen. Weshalb aber veröffentlicht der Arbeitgeberverband des Baugewerbes nicht auch die Preise der Baustoffe, wie dieselben 1914 waren und wie sie jetzt sind? Es würde dann ein ganz anderes Bild in Erscheinung treten.

Da ich als Zimmerer an der Sache stark interessiert bin, will ich hier eine kleine Gegenüberstellung machen, wie hoch die Löhne im Baugewerbe seit 1914 bis Oktober 1922 und wie hoch die Baustoffe in derselben Zeit gestiegen sind.

Durch die Eigenartigkeit des Bauberufs — die Arbeiten spielen sich größtenteils im Freien ab und erleiden öfters eine Unterbrechung durch die Witterungsverhältnisse, besonders im Winter bei Frostperioden usw. — ist es eine unbedingte Notwendigkeit, daß der Lohn im Baugewerbe höher sein muß, als der aller anderen Berufe. Das Baugewerbe hatte auch bereits 1914 fast den höchsten Stundenlohn von allen Arbeiterkategorien.

Wie stand nun der Lohn 1914 und wie steht er heute? Der Stundenlohn war 1914 auf drei Jahre tariflich festgelegt und betrug

vom 1. April 1914 bis 31. März 1915 64 Pfg.,
vom 1. April 1915 bis 31. März 1916 66 Pfg.,
vom 1. April 1916 bis 31. März 1917 69 Pfg.

Für die Berechnung der Steigerung bis Oktober 1922 nehme ich den Stundenlohn von 1914, also 64 Pfg. an.

Die wöchentliche Arbeitszeit betrug damals 59½ Stunden. Das ergab einen Wochenverdienst von 38,08 Mk. Jetzt, nach dem Schiedsspruch des Bezirkslohnamts Halle vom 3. Oktober, beträgt der Stundenlohn 96,20 Mk., das ergibt einen Wochenverdienst bei 48 Stunden von 4617,60 Mk. Mithin ist der Lohn im Baugewerbe von 1914 bis Oktober 1922 nur um das 121,26fache gestiegen. Es muß aber hierbei noch in Betracht gezogen werden, daß von diesem Betrage der zehnte Teil für Steuern abgezogen wird, während 1914 auf eine Mark nur 2 Pfennig direkte Steuern entfielen.

Wie hoch sind nun die Baustoffe in derselben Zeit im Preise gestiegen? Ich führe hier folgende Baustoffe an:

	1914 Mk.	Okt. 1922 Mk.	Steiger.
1000 Mauersteine kostet. frei Baustelle	27	9000	333fache
1 cbm Kantholz kostete frei Baustelle	45—50	25000—30000	600fache
1 cbm poln. Kiefer kostete frei Baustelle	70—75	38000	506fache
1 qm dtsche. Hobeldiel. kostet. frei Baust.	1,60	900	562fache

10 000 Kilo Zement sind innerhalb eines Monats um 27 000 Mk. gestiegen, Fensterglas ist um das 900fache des Friedenspreises gestiegen. Alle anderen Baustoffe haben fast in gleicher Weise eine Preissteigerung erfahren.

Diese Zahlen werden wohl manchem Bauherrn die Augen öffnen und zeigen, daß nicht die „hohen" Löhne schuld sind, sondern der ungeheuere Wucher mit Baustoffen. Der Arbeitgeberverband des Baugewerbes bringt allerdings nicht den Mut auf, diese Preise zu veröffentlichen. Er würde sich auch sonst über die „hohen" Löhne sehr blamieren.

Ist nun der Lohn im Baugewerbe im Verhältnis zu den jetzt bestehenden Lebensbedingungen hoch? Wie hoch müßte er sein, wenn er der Friedensentlohnung entsprechen sollte?

Der Wochenverdienst betrug im Jahre 1914 38,08 Goldmark. **Die Reichsbank zahlt für 20 Mark in Gold 6500 Papiermark, somit müßte jetzt unser Wochenverdienst im Baugewerbe nach dieser Berechnung 12 350 Papiermark, der Stundenlohn also 257,29 Papiermark betragen.** Der Stundenlohn beträgt aber nach dem Schiedsspruch des Bezirkslohnamts vom 3. Oktober nur 96,20 Mk., mithin 161,09 Mk. zu wenig. Mit anderen Worten, der Lohn im Baugewerbe ist um das 267fache gesunken und beträgt nur noch nach dem Stande von 1914 24 Pfennig.

Wie hoch sind nun die Lebensmittel und anderen notwendigen Bedarfsartikel seit 1914 bis jetzt gestiegen?

Nach dem heutigen Stande der Lebensmittelpreise sind diese seit 1914 bis vor einigen Tagen im Durchschnitt um das 350fache gestiegen. (Die „Frankfurter Zeitung" hat vor einigen Tagen in ihrem allmonatlichen Großhandelsindex für Anfang Oktober eine durchschnittliche Verteuerung der Großhandelspreise um das 440fache festgestellt. Die Red.)

Wir brauchen aber auch Wäsche, Kleidung, Schuhwaren und sonstige Haushaltungsgegenstände. Diese Waren sind von unseren jetzt bestehenden Löhnen überhaupt nicht mehr zu kaufen.

Wie geht es nun zu, daß unser Lohn gegen die Warenpreise so niedrig ist? Während der Kriegsjahre waren alle Lohnbewegungen verboten. Es wurden nur einige Pfennige Kriegszulage auf den bestehenden Tariflohn gewährt. Diese Zulagen standen schon damals in gar keinem Verhältnis zu den Preissteigerungen. Das Unternehmertum strich große Kriegsgewinne ein und die Arbeiterschaft mußte sich mit ein paar Pfennigen zufriedengehen. Infolgedessen war nach Schluß des Krieges unser Reallohn ganz erheblich gesunken. In den letzten Jahren blieben wir ebenfalls bei jeder Lohnsteigerung hinter den Preissteigerungen der Waren zurück. So auch jetzt wieder bei dem Schiedsspruch des Bezirkslohnamts Halle am 3. Oktober. Die Arbeiterschaft des Baugewerbes hatte 60 Prozent Lohnerhöhung auf den bestehenden Septemberlohn von 74 Mk. gefordert. Trotzdem diese Forderung im Verhältnis zur Steigerung der Warenpreise bescheiden ist, wurden nur 30 Prozent bis 14. Oktober und vom 15. bis 31. Oktober noch 10 Prozent auf den bestehenden Septemberlohn zugestanden.

Wir bleiben also wieder bedeutend mit unserem Lohn hinter den Preissteigerungen zurück. Für die Zukunft kann das nicht so weitergehen. Wenn die Bauarbeiterschaft nicht vollständig in Not und Elend untergehen will, so muß sie sich aufraffen und geschlossen im ganzen Bezirk den Kampf aufnehmen, um die gestellten Forderungen auch durchzusetzen.

Aus der Provinz

Aken a. E.

Auch eine „Ehrenerklärung"! In der „Akener Zeitung" war folgende Anzeige zu lesen: „Ehrenerklärung! Da ich Herrn K... F... mit dem Worte Lump beleidigt habe, nehme ich dies zurück und bedaure sehr, daß er kein Lump ist. F. E."

Tangermünde

Mit einer Million durchgebrannt. Der Kontorist Herbert K. ist mit einer Million Mark, die ihm zur Bezahlung von Kartoffeln ausgehändigt wurden, nicht wieder zu seinem Arbeitgeber zurückgekehrt.

Magdeburg

Ein Personenzug beraubt. In der Nacht zum 9. Oktober ist der Packwagen des Personenzuges 489 während der Fahrt zwischen Magdeburg-Sudenburg und Schönebeck beraubt worden. Es sind fünf Stück hochwertiges Gepäck gestohlen worden. Ein Reisekorb, ein gelber Lederkoffer, eine braune Handtasche und ein weiteres Gepäckstück mit Betten, Wäsche und Kleidungsstücken sind verschwunden.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil Hans Urban, für Anzeigen Fritz Krob. Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H., Lerchenfeldstraße 14 Abtlg. Verlag Klassenkampf.

Fahrrad-Mäntel Schläuche billigst
Gummi-Bieder, Große Steinstraße 35
(Nähe Walhalla). 4065

Raucht Zetko Gold,
in Qualität unerreichbar. 4052

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019221012-16/fragment/page=0005

Programm der Komm. Partei Deutschlands

(Sektion der Kommunistischen Internationale)

Entwurf.

Die Zentrale der KPD. unterbreitet nachstehend den Parteigenossen den ersten Entwurf eines Programms der KPD. zur Diskussion. Der Entwurf wird auf der Sitzung des Zentralausschusses am 14. und 15. Oktober zur Beratung stehen, dann dem 4. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale unterbreitet werden und schließlich noch unseren voraussichtlich Anfang Januar stattfindenden Parteitag beschäftigen.

Am Vorabend einer Sturmflut bürgerlicher Revolutionen ließ der Kommunismus seinen ersten mächtigen Schlachtruf an die Proletarier aller Länder erschallen.

Der kapitalistischen Ordnung, die in jugendlicher Kraft ihre Glieder reckte, kündigte er kühn und drohend ihren unvermeidlichen Untergang an.

Im Schoße der bürgerlichen Gesellschaft selbst sah er ihre künftigen Totengräber heranwachsen: die durch den Kapitalismus in ständig anschwellender Zahl erzeugte, die durch ihn geknechtete und ausgebeutete, aber auch vereinigte und kampfgeschulte Arbeiterklasse.

Die kapitalistische Ordnung erhob sich aus den ersten revolutionären Erschütterungen zu neuem, unerhörtem Aufstieg.

Heute aber ist die geschichtliche Voraussage des Kommunismus erfüllt, ist das Todesurteil, das er über sie fällte, zur Vollstreckung herangereift.

Die kapitalistische Welt windet sich im Todeskampf. Die Stunde ihres Untergangs hat geschlagen. Und jetzt endlich nähert sich der zahllose, Jahrhunderte erfüllende Befreiungskampf der unterdrückten und ausgebeuteten Volksmassen seinem Abschluß.

Den Kampf der Sklaven gegen den Sklavenhalter, der mittelalterlichen Hörigen gegen den feudalen Grundherrn, der agrarkommunistischen Dorfgemeinde gegen den orientalischen Despoten — der moderne Proletarier entscheidet ihn heute.

Der Proletarier, indem er die Ketten der Lohnsklaverei zerreißt, macht er der Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen in jedweder Gestalt ein Ende.

Wenige Tausende der fortgeschrittensten Proletarier in einigen Ländern Mittel- und Westeuropas waren es erst, die um das Banner des Kommunismus sich sammelten. Fünfundsiebzig Jahre haben den Kommunismus zur Weltmacht erhoben.

Millionen Proletarier, Millionen armer Bauern, in allen Ländern und Welteilen, aller Nationen und Rassen folgen der Fahne des Kommunismus.

Der Junialfstand der Pariser Proletarier des Jahres 1848, die glorreiche Pariser Kommune des Jahres 1871 wurden von der Bourgeoisie in Strömen von Blut erstickt.

Heute weht die Fahne des Kommunismus siegreich über einem Gebiet, das den sechsten Teil des Erdballs umfaßt.

Mitten in den Kreis der großen kapitalistischen Weltmächte ist der Kommunismus als neue Großmacht getreten und hat mit der Waffe in der Hand alle Widerstände bezwungen.

Der Kommunismus ist nicht mehr nur Sache der Ankündigung und der fernen Zukunft.

Er ist Tat und Gegenwart.

Sein Reich hat bereits begonnen.

*

1. Abschnitt.

Aufstieg und Niedergang des Kapitalismus.

I. Das Zeitalter des Imperialismus.

1. Um die Wende der neunziger Jahre des neunzehnten Jahrhunderts tritt der Kapitalismus in einen neuen Lebensabschnitt. Das Zeitalter des Imperialismus beginnt. Im Blitz und Donner von Kolonialkriegen, die in Amerika, in Afrika, in Asien, schließlich in Europa selbst aufflammen, reckt der Kapitalismus sich zu Riesenhöhe empor. Die steinzeitlichen Jäger- und Fischerhorden Neu-Guineas, die patriarchalischen Hirtenstämme Afrikas, die ältesten Kulturreiche Asiens — den ganzen Erdball hat er im Laufe eines Menschenalters aufgeschlossen und mehr oder weniger seiner Herrschaft unterworfen. Die kolonialen Eroberungen des Kapitals in dem einen Menschenalter von 1884—1914 überholen an Umfang, was vier Jahrhunderte zuvor geleistet. Unbegrenzte Aussichten scheinen sich dem Kapitalismus zu eröffnen. Seine Politiker, Literaten, Künstler, Philosophen malen in den glühendsten Farben die Größe der kapitalistischen Weltherrschaft aus. Der imperialistische Rausch benebelt die Köpfe nicht nur der großen Bourgeoisie, sondern auch des Kleinbürgertums, der bürgerlichen Intelligenz und sogar von Teilen der Arbeiterklasse. Aber ehe noch der höchste Gipfel erreicht, beginnt bereits die Wendung, der Abstieg. Es setzt eine Periode nationaler Aufstände und bürgerlicher Revolutionen in den patriarchalischen und halbfeudalen Bauernländern des Ostens ein, in denen das europäische Kapital begonnen hat, Fuß zu fassen — in der Türkei, in Persien, China usw. Und schließlich schlägt die Flamme der kolonialen Kriege zurück in die kapitalistischen Mutterländer, nach Europa. Drei Balkankriege folgen aufeinander, um endlich in den allgemeinen Weltbrand, den Weltkrieg auszubrechen, der fast den ganzen Erdkreis in seinen Bereich zieht. Der Untergang des Abendlandes, d. h. des europäischen Kapitalismus, kündigt sich an.

2. Das imperialistische Zeitalter ersetzt in den ausschlaggebenden Industrien, im Bankwesen, im Großhandel, im Verkehrswesen die freie Konkurrenz durch das kapitalistische Monopol, den Einzelkapitalisten durch die kapitalistischen Verbände (die Syndikate, Kartelle, Trusts). Ganze Industriezweige werden in der Hand einiger weniger oder einer einzigen Kapitalistengesellschaft vereinigt. Verschiedene Industriezweige und Industrien, die eine zusammenhängende Produktionsstufenleiter bilden, werden vereinigt und zwingen die Fertigindustrien unter ihre Herrschaft. Der Kampf der Einzelkapitalisten untereinander und der Einzelkapitalisten gegen den industriellen Kleinbetrieb ist in den kapitalistischen Hauptländern überholt durch den Kampf der Kapitalsgesellschaften gegen den vereinzelten Kapitalisten und der Kapitalsgesellschaften untereinander. Die Konkurrenzkämpfe münden aus in Vereinbarungen, Kartellen, Vereinigungen, Fusionen, um auf größerer Stufenleiter wieder auszubrechen und um schließlich in riesigere Monopole auszumünden. Das Monopol schlägt um in Konkurrenz, die Konkurrenz in erweiterles Monopol. Die Monopolverbände machen an den Staatsgrenzen nicht halt. Sie weiten sich aus zu internationalen Verbänden, die aber immer aufs neue durchbrochen werden durch die Machtkämpfe der nationalen Verbände, die sich der Staatsgewalt bedienen, um ihre Konkurrenzkämpfe gewaltsam auszufechten. Das Bankkapital seinerseits baut sich in immer wenigeren Händen in Riesenbanken zusammen. Das Bankkapital faßt in der monopolisierten Industrie selbst Fuß, beteiligt sich an seiner Kontrolle und Leitung. Umgekehrt faßt das Industriekapital im Bankwesen Fuß. Das Ergebnis ist die immer engere Durchdringung des industriellen und des Bankkapitals, ist ihre Zusammenballung zum Finanzkapital, ist die Beherrschung der Wirtschaft großer industrieller Staaten durch eine kleine Anzahl eng verbundener monopolistischer Beherrscher der ausschlaggebenden Industrien und der Banken. Einige Hundert Bank- und Trustkönige gebieten über die Weltwirtschaft.

Der monopolistische Kapitalismus setzt an die Stelle des Freihandels den Hochschutzzoll. Der Hochschutzzoll wird im Zeitalter des monopolistischen Kapitalismus das spezifische Mittel für die höchstentwickelten kapitalistischen Staaten, um auf dem inneren Markte Monopolüberprofite zu sichern und um in den Kolonialgebieten die Konkurrenz der imperialistischen Rivalen zu erschweren oder ganz auszuschalten.

Die vorhergehende Periode des Kapitalismus organisierte die Produktion in der einzelnen Fabrik und vereinzelt, wie z. B. im Eisenbahnwesen, nahm er ganze Industriezweige in die Hand. Die imperialistisch-monopolistische Periode unterwirft eine Anzahl zusammengehöriger Fabriken, ganze Industriezweige, ganze Industrien einheitlicher planmäßiger Leitung, ja in kritischen Augenblicken, wo seine Existenz auf dem Spiel steht, versteht sich das Kapital dazu, innerhalb großer Staaten vorübergehend die gesamte Industrie, den Handel, Verkehr, das Bankwesen innerhalb bestimmter Grenzen einer planmäßigen Leitung zu unterwerfen. Das imperialistische Zeitalter hat die Vergesellschaftung des Produktionsprozesses in ungeheuer raschem Tempo vorangetrieben. Es hat den Weltmarkt und die Weltwirtschaft aus bloßen Tendenzen zu einer Wirklichkeit gemacht.

Es hat aber auch die gesellschaftlichen Produktivkräfte selbst ins Ungeheure erweitert und bereichert. Planmäßige Erforschungs- und Erfindungstätigkeit ist jetzt nicht mehr nur Sache des vereinzelten Erfinders sondern der staatlichen Forschungsanstalten und der großen Industrieverbände selbst. Das imperialistische Zeitalter sieht eine Kette umwälzender naturwissenschaftlicher Entdeckungen und technischer Erfindungen und eine rasche wechselseitige Befruchtung und Beförderung beider. Die Elektrizität beginnt ihre Siegeslaufbahn, der Explosionsmotor wälzt zusammen mit der Elektrizität die Industrie und das Verkehrswesen um. Das lenkbare Luftschiff, das Flugzeug, das Tauchboot, die drahtlose Telegraphie und Telephonie lassen alle Entfernungen zusammenschrumpfen, vervielfachen das Tempo und die Reichweite des Weltverkehrs, des ganzen gesellschaftlichen Lebens. Die Dampf- und Wasserturbine, der Explosionsmotor, das elektrische Kraftwerk wälzen die überkommenen Methoden der Energieerzeugung um und schaffen bisher ungeahnte Möglichkeiten ihrer Uebertragung auf weite Entfernungen und ihrer Verteilung von wenigen Zentralstellen aus. Die Chemie verdrängt die alten pflanzlichen Farbstoffe, die chemische Herstellung des Stickstoffs und anderer künstlicher Düngemittel, schafft für die Landwirtschaft neue Grundlagen, neue Ausdehnungsmöglichkeiten. Die angewandte Biologie findet neue Methoden der Pflanzen- und Tierzüchtung. Der Arbeiter der modernen Industrie, genötigt, der unablässigen technischen Revolution zu folgen, wird ein Proteus, er lernt, sich schnell neuen Arbeitsmethoden, neuer Umgebung anzupassen. Während die Ansprüche an seine physische Kraft fallen, steigen die an seine Intelligenz und seine technischen Kenntnisse. Die technische Umwälzung entwertet ständig die erworbenen technischen Kenntnisse des Arbeiters, aber sie steigert gleichzeitig seine Vielseitigkeit und sein Bewußtsein, allen Lagen, allen Veränderungen gewachsen zu sein. Sie läßt die Zahl der hochqualifizierten Spezialisten zusammenschrumpfen und steigert dafür die Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit des angelernten Arbeiters.

Der monopolistische Kapitalismus entwickelt die Landwirtschaft nicht in demselben Tempo wie die Industrie. Zwar erfolgt eine fortschreitende Industrialisierung der landwirtschaftlichen Großbetriebe und ihre unmittelbare Verbindung mit den industriellen Unternehmungen. Der sprunghaften stürmischen Ausdehnung der Industrie vermag jedoch die Landwirtschaft, gehemmt durch das Grundbesitzermonopol und das kleine bäuerliche Eigentum, nicht zu folgen. Das Zeitalter des Imperialismus weist ein wachsendes Mißverhältnis zwischen Industrie und Landwirtschaft auf.

3. Die im Zeitraum eines Menschenalters neugeschaffenen Produktivkräfte übersteigen ein vielfaches dessen, was die vorhergehenden Jahrhunderte geleistet haben.

Diese riesigen Produktivkräfte werden vom Kapital nicht um ihrer selbst willen erzeugt. Sie sind das unbeabsichtigte Ergebnis, das nicht zu umgehende Mittel für das Kapital, um den Profit zu steigern, eine untrennbare Begleiterscheinung des Kapitalwachstums. Das Kapitalwachstum ist aber in allen seinen Stadien unlösbar gebunden an die Notwendigkeit, die Marktschranken zu erweitern, nichtkapitalistische Gebiete sich einzuverleiben. Unablässig wird es durch innere Notwendigkeit getrieben, neue Absatzgebiete zu erobern, neue Rohstoffquellen zu erschließen, neue Arbeitskräfte aus allen Zonen des Erdballs sich einzuverleiben. Das ungeheure Wachstum der kapitalistischen Produktivkräfte im imperialistischen Zeitalter, ihre monopolistische Zusammenfassung war nur möglich auf Grund der unablässigen Einverleibung neuer Gebiete, Kolonien und Halbkolonien, auf Grund nicht nur des Warenexports, sondern auch des Kapitalexports. Das Kapital hat in diesem seinem Sturmlauf über den Erdball aber nicht nur neue, bisher schlummernde Kräfte erweckt, neue Rohstoffquellen erschlossen, neue Menschenmassen in sein Arbeitsheer eingereiht, die kapitalistischen Produktionsmittel in neue Gebiete übertragen. Es hat mit brutaler Gewalt alte Kulturen vernichtet, ganze Völkerschaften, ja ganze Rassen ausgerottet, Millionen farbiger Menschen auf die unterste Stufe menschlicher Existenz herabgedrückt und geknechtet, es hat überall, wo es Fuß faßte, mit einer rücksichtslosen Raubwirtschaft begonnen.

Es hat überall die für den Selbstbedarf wirtschaftenden uralten Dorfgemeinden vernichtet, durch offene Gewalt, durch staatlichen Steuerdruck ihr Land geraubt, ihre Bodenschätze sich angeeignet, die primitive Hausindustrie vernichtet und durch die Vereinigung aller dieser Druckmittel die Mitglieder dieser Gemeinwesen seiner Ausbeutung gefügig gemacht. Es hat diese ursprünglichen Gemeinwesen, nachdem es sie zerrüttet, dann mit der Gewalt seiner Schiffskanonen und seiner Kolonialheere gezwungen, „seinen Waren" den Zugang zu eröffnen.

Es hat die kleinen Bauernwirtschaften, die amerikanischen Farmer, die Transvaalbauern, die australischen Squatters, in den Kolonialländern teils durch übermächtigen wirtschaftlichen Druck, teils durch offene Gewalt zerstört, sich an ihre Stelle gesetzt und sie seiner politischen und wirtschaftlichen Herrschaft unterworfen.

Es führt schließlich nach der Auflösung der selbstwertschaffenden Gemeinwesen und der patriarchalischen Bauernwirtschaft die kapitalistische Betriebsweise selbst in die Kolonial- und Halbkolonialländer ein. Es schafft so mit eigener Hand seine Nebenbuhler. Indem die kapitalistische Wirtschaftsweise sich ausbreitet, verengert sie ihren ferneren Lebensspielraum, verschärft sie die Konkurrenz und die im Verhältnis zu den wachsenden Produktivkräften immer mehr zusammenschrumpfenden nichtkapitalistischen Absatzgebiete.

Die höchste Ausdehnung des Kapitalismus verwirklicht sich zugleich als die höchste Ausdehnung der Ausbeutung und Knechtung der breiten Volksmassen der Stammländer des Kapitalismus wie der Kolonial- und Halbkolonialländer, als die äußerste Zuspitzung aller Widersprüche der kapitalistischen Ordnung, als die Erzeugung sozialer, politischer, wirtschaftlicher Krisen und Katastrophen in periodischer Wiederkehr.

4. Der monopolistische Kapitalismus entfernt die Planlosigkeit, die Anarchie aus einzelnen Industriezweigen oder Industrien, nur um die Anarchie und den Konkurrenzkampf in erhöhtem Umfang wieder zu erzeugen. Der planmäßigen Wirtschaft der einzelnen Trusts, Kartelle, Syndikate tritt gegenüber ihre anarchische Konkurrenz im Rahmen des einzelnen Staates und im Rahmen des Weltmarkts. Der Weltmarkt wird im Zeitalter des Imperialismus der Schauplatz der unablässigen Gegensätze, Spannungen und Kämpfe der Kapitalistengruppen der einzelnen Staaten. Die Zusammenfassung der Produktion innerhalb der Grenzen einzelner Industriezweige oder Industriegruppen wird auf einer bestimmten Höhe der monopolistischen Entwicklung erkauft durch Einschränkung des Umfangs der Produktion, ja durch die Hemmung des technischen Fortschritts. Das kapitalistische Monopol, nachdem es seinen inneren Gegner mit den Waffen des technischen Fortschritts und der wohlfeilen Preise niedergeworfen hat, schreitet es stellenweise dazu, den technischen Fortschritt zu hemmen und statt durch Erweiterung der Produktion durch Erzielung von Monopolprofiten auf Kosten der übrigen Industriezweige der Arbeiter und Bauern seinen Gesamtprofit zu erhöhen. Und in dem Maße, wie die kapitalistische Ausbeutung von Kolonien und Halbkolonien durch wenige Länder fortschreitet, schreitet fort die Umwandlung des industriellen Kapitals in Geld- und Wucherkapital und die Umwandlung des industriellen Kapitalisten selbst in einen müßigen Rentner, einen Parasiten.

5. Indem der monopolistische Kapitalismus die Wirtschaft ganzer Staaten in die Hände weniger Kapitalgesellschaften legt, indem er die kapitalistische Konkurrenz einengt, tritt er der Arbeiterklasse als ganzes übermächtig, brutal und gewaltsam gegenüber. Er verschärft die Ausbeutung der breiten proletarischen Massen und des Kleinbürgertums, indem er der Ausbeutung in der Fabrik die verschärfte Ausbeutung auf dem Warenmarkt hinzufügt. Er steigert aufs höchste die militärischen Rüstungen und gleichzeitig damit die Ausraubung der Arbeiterklasse, der Bauernschaft, der Handwerker, des Klein- und Mittelbürgertums. Er proletarisiert in steigendem Umfang die technische und kaufmännische Intelligenz. Er vergrößert den Abstand zwischen rückständigem Kleinbetrieb und dem mit allen Errungenschaften der Wissenschaft und Technik ausgestatteten Riesenbetrieb. Er schafft so eine ökonomisch versinkende, zwischen Reaktion und Revolution unschlüssig schwankende, schließlich verzweifelnde Mittelschicht von kleinen Kapitalisten, Handwerkern, Kleinbauern, Kleinrentnern, Krämern. In der Arbeiterklasse, die der monopolistische Kapitalismus in Riesenbetrieben, in Rieseninduststriestädten zusammenballt, die er zwingt, seiner eigenen Organisation immer gewaltigere Organisationen entgegenzustellen, wächst die Empörung und der Widerstand gegen den steigenden Druck und die ständig sich wiederholende Kriegsgefahr. Der Einzelstreik beginnt teilweise bereits zu versagen. Gegenüber dem Riesenkapital greift der Klassenkampf zu einer mächtigeren Waffe: dem wirtschaftlichen und politischen Massenstreik, der mit einem Schlage ganze Industrien und ganze Industriegebiete aufflammen läßt. Aber gleichzeitig korrumpiert der monopolistische Kapitalismus Teile der Intelligenz, des Kleinbürgertums, ja eine Minderheit der Arbeiterschaft, indem er sie am Monopolprofit teilnehmen läßt. Das Zeitalter des Imperialismus ist nicht nur das Zeitalter der raschen relativen und absoluten Verelendung der tiefen Schichten der Arbeiterklasse, sondern auch der Korrumpierung ihrer Spitzen. Ein Teil der Arbeiterklasse, der Intelligenz, des Kleinbürgertums nimmt an der allgemeinen Weltplünderung teil. Diese Korrumpierung ermöglichte dem Imperialismus die Ausbildung einer Scheindemokratie. Die koloniale Expansion, das Wettrüsten, die Hochschutzzölle, die Steuerplünderung sind ohne die tätige Unterstützung oder das Gewährenlassen der Mittelschichten und zum mindesten von Teilen des Proletariats auf die Dauer nicht durchführbar. Der monopolistische Kapitalismus braucht zu Hause „Ruhe und Ordnung". Mit Hilfe der korrumpierten Schichten, kleiner Geschenke, harmloser Reformen, demokratischer Scheinrechte, gelingt es ihm, die breiten Massen vor seinen Wagen zu spannen, sie schärfer als je auszubeuten, sie widerspruchslos, ja „begeistert" auf die Schlachtfelder zu schicken. Diese imperialistische „Demokratie" ist die raffinierteste Form der Massenbeherrschung, ist unter der Maske der Freiheit ihre völlige Versklavung, ist die planmäßige Benutzung des „Volkswillens" gegen das Volk. Das monopolistische Kapital beherrscht den Staatsapparat, indem es sich hinter dem Rücken der „Demokratie" versteckt. Es bemächtigt sich fast unsichtbar aller Institutionen des bürgerlichen Staates. Es verwandelt den bürgerlichen Staat selbst in das unbedingte Werkzeug zur Durchsetzung seiner Zwecke nach innen, gegenüber der ausgebeuteten Volksmasse, nach außen gegenüber den anderen imperialistischen Staaten und der Bevölkerung der Kolonialländer. Es unterwirft sich die Parlamente, die Bürokratie, die Diplomatie, die Presse, die Schule, die Kanzel, die Literatur. Es räumt mit dem alten Freihandelsliberalismus auf. Es durchdringt die Sphären des Staates und der Gesellschaft mit dem Geist der Gewaltsamkeit. Es reißt die breitesten Volksmassen, von der Jugend an, in die Flotten und Massenheere ein, mit denen es die Welt erobert und die imperialistischen Nebenbuhler bekämpft.

6. Die vom monopolistischen Kapitalismus beherrschten Staaten stoßen schließlich gewaltsam aufeinander. Sie kämpfen auf Tod und Leben um die Verteilung von Ausbeutungsgebieten, von Kolonial- und Halbkolonialländern, und um die Machtverteilung der kapitalistischen Staaten selbst.

In dem großen Weltbrand versuchen die imperialistischen Gruppen die inneren Widersprüche gewaltsam zur Lösung zu bringen, die enge gewordenen Marktschranken auf Kosten des Nebenbuhlers gewaltsam zu erweitern, den Produktivkräften selbst zur Ader zu lassen, die rebellierenden Volksmassen wieder an sich zu ketten, die nahende proletarische Revolution hinauszuschieben.

II. Der Weltkrieg.

7. Der Weltkrieg hat Produktionsmittel in ungeheurem Maßstab vernichtet, Millionen Arbeitskräfte, den besten und tüchtigsten Stamm der Arbeiterklasse hingeschlachtet. Der Krieg ist die tiefste Wirtschaftskrise, die die Welt gesehen. Ueberall werden die breiten Volksmassen der schärfsten Ausbeutung unterworfen. Die Vernichtungsarbeit des Krieges selber wird für das Kapital zu einem kolossalen Ausbeutungsfeld. Der Krieg zwingt die Bourgeoisie, in den einzelnen Staaten ein Minimum von staatlicher Regulierung der kapitalistischen Anarchie durchzuführen. Sie bezeugt so, daß im Moment der höchsten Anstrengung die kapitalistische Unordnung von ihr selbst eingedämmt werden muß. Der Krieg treibt, vor allem in den blockierten Ländern Mitteleuropas, das Mißverhältnis zwischen Industrie und Landwirtschaft auf die Spitze. Die Lebensmittelproduktion bleibt in den meisten kriegführenden Ländern weit zurück hinter dem ungeheuren unproduktiven Bedarf der Kriegsheere und dem Bedarf der Zivilbevölkerung. Er führt zeitweilig und örtlich zu Rückfällen in die Naturalwirtschaft und den Naturaltausch. Das Land bereichert sich auf Kosten der Städte. Und auf dem Lande selbst bereichert sich der Großgrundbesitzer und Großbauer in unverhältnismäßig größerem Umfang als der Mittel- und Kleinbauer. In den Gebieten großer Lebensmittelnot erfaßt die staatliche Rationierung und Preisregulierung nur einen Bruchteil der landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Je mehr hier die Lebensmittelnot steigt, um so rücksichtsloser wird die staatliche Regulierung der Lebensmittelversorgung durchbrochen. Die Preise der Lebensmittel auf dem „freien Markt" steigen zu schwindelnder Höhe. In demselben Maße, wie auf dem kapitalistischen Pol die Monopolprofite ansteigen, steigen die Preise der zusammenschrumpfenden Lebens-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019221012-16/fragment/page=0006

mittel, wächst der Anteil, den die besitzenden Klassen an sich reißen und schrumpft der Anteil der Arbeiterklasse zusammen.

In den blockierten Ländern Mitteleuropas und in Osteuropa führt der Krieg zu einem rücksichtslosen Herabwirtschaften der Eisenbahnen, der Fabrikanlagen, der Grubeneinrichtungen. Ebenso rücksichtslos verwüstet hier der Krieg die menschlichen Arbeitskräfte. Weiber, Kinder, Greise werden bei Hungerrationen zu den schwersten Arbeiten eingespannt. Eine um die andere werden die Schranken niedergerissen, die die Arbeiterklasse in mühevollen, jahrelangen Kämpfen gegen den Raubbau an ihrer Arbeitskraft aufgerichtet: der Normalarbeitstag, die Arbeiterschutzgesetze. Derselbe Raubbau an den Arbeitsmitteln und Arbeitskräften wird in einer Reihe neutraler Staaten getrieben. In einigen Ländern Westeuropas dagegen und vor allem in den Vereinigten Staaten werden Fabrikanlagen, Maschinerie, Bergwerke, Verkehrsmittel ungeheuer ausgedehnt.

Auf der Grundlage des Mißverhältnisses zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Warenmarkt, der steigenden absoluten Warenknappheit, andererseits auf Grundlage des ungeheuren, um jeden Preis und aufs schnellste zu befriedigenden Kriegsbedarfs entwickelt sich eine stets wachsende parasitische Kapitalistenschicht, die sich zwischen den industriellen und landwirtschaftlichen Produzenten und den letzten Verbraucher einschiebt, sei dies nun der Staat oder der einzelne Konsument: der „Kriegsgewinnler", der „neue Reiche". Andererseits ruiniert der Krieg eine Masse kleinbürgerlicher und kleinkapitalistischer Existenzen — die „neuen Armen". Auf die breite Masse der Arbeiter und Bauern, die an der Front für das Kapital fallen, und auf die Männer, Weiber, Kinder und Greise, die hinter der Front dem Kriege immer neuen Nahrungsstoff zuführen, stürzt sich ein wilder Schwarm von Blutsaugern. Diese Plünderung wird nur schwach eingedämmt und verhüllt durch die staatliche Zwangsregulierung.

Die allgemeine Verarmung der Wirtschaft drückt sich aus in der Entwertung des Geldes. Der Staat zieht in Form der Kriegsanleihen alles verfügbare Kapital an sich. Er saugt die Ersparnisse der Angestellten, der Bauern, der kleinen Handwerker auf. Er legt selbst auf Teile des Arbeitslohnes Beschlag und stellt ihn der Kriegsindustrie zur Verfügung. Vereinzelt sucht er sich durch eine gewaltige Steigerung der Steuerlasten zu helfen. Aber das alles genügt nicht. Eine Reihe Staaten schaffen in riesigem Umfang Kreditgeld, — Scheinkapital. Das Gold, das wirkliche Geld, — scheidet fast überall aus dem inneren Verkehr der Staaten aus.

Entsprechend der tatsächlichen Vernichtung von Werten durch den Krieg — sei es unmittelbar durch den Verbrauch der Kanonen, Gewehre, Munition usw. und durch die Zerstörung ganzer Landstrecken, Industriebezirke, Städte, Dörfer usw., sei es mittelbar durch den unproduktiven Verbrauch der Heeresmassen — schwillt die Masse des Scheinkapitals — der inneren oder äußeren Staatsschulden ungeheuerlich an. Die vernichteten materiellen Werte werden unter kapitalistischen Verhältnissen nicht einfach vernichtet. Sie verwandeln sich in Staatsschulden, in Schuldansprüche des Kapitals an den Staat, d. h. an den verkrüppelten Rest der Produktivkräfte. Das tote ergreift das überlebende Kapital.

8. In seinen Stammländern ruft das Kapital das gesamte erwachsene Proletariat und Bauerntum unter die Fahne. Das stehende Heer mit seinem besonderen Geist der Entfremdung von den Volksmassen geht unter in der bewaffneten breiten Volksmasse. Der Krieg verwirklicht allenthalben die Miliz, aber in der widerspruchsvollen Form der Unterstellung der breiten Volksmasse unter die den herrschenden Klassen und Schichten entnommene Offizierskaste. Der Klassengegensatz ist in den Heeren des Weltkrieges brutal vereinfacht und auf die äußerste Spitze getrieben: als Gegensatz zwischen Offizier und Mannschaft, zwischen Front und Etappe, zwischen Wohlleben und Privilegien auf der einen Seite und äußerstem Druck, Brutalisierung, Entwürdigung, Entbehrungen auf der anderen Seite. Die schamlose Ausbeutung der Volksmassen durch den Kriegsgewinnler und Schieber hinter der Front, wird ergänzt und gesteigert durch die niederträchtige, schmutzige Ausbeutung des gemeinen Soldaten durch den Junker-Offizier und den Kapitalist-Offizier im Heere selbst. Indem der Krieg die herrschenden Klassen nötigt, die breite Masse der Arbeiter und armen Bauern zu bewaffnen, und also von ihr die letzte Entscheidung des Krieges abhängig zu machen, kann er nicht umhin, ihr Selbstbewußtsein mächtig zu steigern. Bei einer gewissen Höhe des Druckes, der Brutalisierung und der Hoffnungslosigkeit im Heere selbst wird der eiserne Druck der militärischen Disziplin gesprengt, die bewaffnete Volksmasse erhebt sich zu offener Rebellion, das Heer der allgemeinen Wehrpflicht zerbricht von innen heraus.

Der Krieg wälzt in seinem Verlauf die Kriegstechnik von Grund auf um. Das Geschütz wird massiert. Seine Tragweite, sein Kaliber, die Explosivkraft der Geschosse werden ins Phantastische gesteigert. Stunden- und schließlich tagelanges Trommelfeuer schleudern einen heulenden Orkan von Geschossen in Abschnitten von Hunderten von Kilometern. Der Soldat gräbt sich wie ein Maulwurf in die Erde ein. Minenwerfer aller Art schleudern mit schweren Minen die Schützengräben samt ihrem lebenden Inhalt in die Luft. Das einfache Infanteriegewehr wird mehr und mehr verdrängt durch das Maschinengewehr, das ganze Menschenreihen zugleich niedermäht. Maschinengewehr, Schnellfeuerkanone, Panzerung und Motorwagen werden kombiniert zu dem fast unverwundbaren, auch im Trichtergelände beweglichen Tank. Der Krieg erobert sich mit dem lenkbaren Luftschiff und Flugzeug die Luft. Die bombenbeladenen Flugzeuge und Luftschiffe wenden ihre furchtbaren Zerstörungskräfte gegen die Zivilbevölkerung der großen Städte, legen ganze Straßenzüge nieder. Der Krieg greift zur chemischen Waffe, zur Scheußlichkeit der Giftgase. Das Unterseeboot schließlich führt einen mörderischen Krieg gegen Passagier- und Handelsschiffe.

Kurz, alle Errungenschaften der höchstentwickelten Technik, der „reinen" wie der angewandten Naturwissenschaften, werden angespannt. Die höchste kapitalistische „Zivilisation" schlägt um in die tiefste Barbarei. Der Krieg wird zu einer „Material-" und „Industrieschlacht". Auf den Schlachtfeldern messen sich nicht nur Volksmassen mit Volksmassen: es messen sich Industrien mit Industrien, Rohstoffe mit Rohstoffen, Kapitalkraft mit Kapitalkraft, Technik mit Technik, industrielle Organisation mit industrieller Organisation.

Der Krieg schafft in seinem Verlauf den Ausgangspunkt für eine neue, noch verheerendere und barbarischere Kriegstechnik und zugleich für neue Formen militärischer Organisation, Taktik und Strategie. Er wird Ausgangspunkt verstärkter Kriegsrüstungen.

9. Der Kapitalismus stampft im Krieg die überkommenen Volksrechte rücksichtlos zu Boden. Im Namen der Demokratie und der Volksbefreiung vernichtet er die Demokratie, knebelt die Völker durch den Belagerungszustand, verschließt ihnen durch die Zensur den Mund, erstickt die Stimme der Volksversammlungen, überschwemmt die Länder mit einem Heer von Spitzeln, schließt die Parlamente oder erdrosselt das Wort der Rebellion in ihnen.

Der Krieg enthüllt die bürgerliche Demokratie als die eiserne Diktatur der Bourgeoisie.

Er reißt die Maske vom bürgerlichen Staat, aber auch von den verbürgerlichten Arbeiterparteien.

Der Krieg beginnt mit dem katastrophalen Zusammenbruch der Zweiten opportunistischen Internationale. Er enthüllt mit grausamer Klarheit, bis auf den Grund, das Verwachsensein des sozialistischen Opportunismus mit der nationalen imperialistischen Bourgeoisie. Die sozialistischen Wortführer der Arbeiteraristokratie treten unmittelbar, offen, im Namen der „Vaterlandsverteidigung" in den Dienst des monopolistischen Kapitals. Die Kettung dieser korrumpierten, verbürgerlichten Arbeiteraristokratie an ihre nationalen Bourgeoisien sprengt das internationale Band der Arbeiterklasse, die Internationale selbst und die meisten sozialdemokratischen Parteien. Die durch den Krieg revolutionierten aktivsten und mutigsten Teile des Proletariats werden abgespalten, bilden Richtungen, Gruppen und gehen schließlich teilweise zu selbständiger Parteibildung über. Zwischen den wirklich revolutionären Teilen des Proletariats und den offenen Sozialimperialisten schwanken in allen Ländern Gruppen, Richtungen oder Parteien, die den Krieg verabscheuen, aber gleichzeitig die Revolution fürchten, die eingeschüchtert sind durch den Militarismus, aber ohne Zutrauen zur revolutionären Kraft des Proletariats, schwankende Gestalten, die je nach den Umständen sich bald zur Revolution, bald zur Gegenrevolution schlagen. Es sind dies die Anfänge der „Zentrums"-Parteien.

Der imperialistische Weltkrieg mündet trotz des Verrats der sozialdemokratischen Parteien, kraft der inneren Widersprüche der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Ordnung des Kapitalismus in die gewaltigste, gründlichste, wirtschaftliche, soziale und politische Krise aus. Er stellt zuerst die breiten Volksmassen der besiegten Länder, aber nicht sie allein, vor die Frage: Revolutionäre Erhebung gegen das Kapital oder Untergang in der Barbarei.

10. Die Kolonialländer werden von den imperialistischen Herrscherstaaten rücksichtslos ausgepreßt zu Lieferungen von Lebensmitteln, Arbeitskräften und Kanonenfutter. Gleichzeitig ist aber der Imperialismus genötigt, die koloniale Industrie ungehemmt sich entfalten zu lassen. Er bringt die Industrie zur Entfaltung in bisher vorwiegend agrarischen, halbkolonialen Ländern. Er ist gezwungen, Dominions Mitbestimmungsrecht über die Politik des Mutterlandes zu geben, den Kolonialländern größere Freiheit, ein größeres Maß von Selbstverwaltung zu versprechen. Er sieht sich endlich genötigt, die Kolonialbevölkerung selbst zu bewaffnen und in seine Heere einzureihen. Während so die imperialistischen Staaten sich in einem Weltringen um die Beherrschung und Ausbeutung der Kolonialländer gegenübertreten, sehen sie sich gezwungen, in den Kolonialländern den Drang nach nationaler Befreiung zu verstärken und ihnen die materiellen und ideellen Mittel in die Hand zu geben, mit denen sie ihren Kampf gegen imperialistische Ausbeutung und Knechtung verstärkt aufnehmen können.

III. Die imperialistischen Friedenschlüsse.

11. Die imperialistischen Friedensschlüsse von Versailles, St. Germain, Sèvres sind die Fortsetzung des imperialistischen Krieges mit anderen Mitteln. Indem sie die machtpolitischen Gegensätze der Sieger auf Kosten der Besiegten mit feierlich beschworenen Verträgen ausgleichen wollen, schaffen sie nur neuen Zündstoff für neue imperialistische Weltkriege. Die Sieger befriedigen unter dem Vorwand der Weltgerechtigkeit, des Selbstbestimmungsrechts der Völker ihre offenen oder in Geheimverträgen ausgesprochenen Raubgelüste.

Die imperialistischen Friedensschlüsse bezeugen handgreiflich, daß der Imperialismus nicht imstande ist, eine neue, feste, dauerhafte Weltordnung zu schaffen. Sie haben die durch den Krieg geschaffene Störung des wirtschaftlichen Weltgleichgewichtes vertieft und verewigt. Sie machen diese Störung zum Ausgangspunkt eines Zeitalters weiterer, noch tieferer Störungen. Sie haben wirtschaftliche Konkurrenten um die nicht kapitalistischen Absatzgebiete vernichtet, aber nur, um den wirtschaftlichen Stoffwechsel der kapitalistischen Staaten untereinander von Grund auf zu zerrütten. England, Frankreich haben den stärksten ökonomischen Rivalen auf dem Festland nur niedergeworfen, eine Reihe von Vasallenstaaten sich angegliedert, um jenseits des atlantischen Ozeans einen unendlich mächtigeren Rivalen gegen sich aufzurichten. Sie haben Deutschland sich verschuldet und sie sind tiefer verschuldet an Amerika.

So wenig wie das wirtschaftliche ist das politische Weltgleichgewicht erreicht. Die Verteilung und Sicherung der Siegesbeute — Deutschland, Oesterreich, die Türkei — muß die Sieger in feindlichen Lagern einander gegenüber stellen. Die politischen Ergebnisse des Sieges kehren sich gegen die ursprünglichen Zwecke der Sieger.

England hat in Deutschland seinen mächtigsten Festlandgegner vernichtet, aber in Frankreich hat es sich einen mächtigeren und gefährlicheren Festlandgegner geschaffen, dem kein ebenbürtiger Partner in dem festländischen Europa mehr gegenübersteht.

Frankreich seinerseits hat die fast unumschränkte Herrschaft auf dem europäischen Festlande erobert; aber um sein militärisches Uebergewicht festzuhalten, hat es seine frühere finanzielle Vorherrschaft in den Bankrott seiner Finanzen umwandeln müssen. Um Preußen niederzuschlagen, hat es sich selbst verpreußt.

Im Fernen Osten schlägt Japan seine Krallen in das wehrlose chinesische Riesenreich und trifft dabei auf den amerikanischen Konkurrenten.

Dieser, der Koloß der Vereinigten Staaten, geht ohne Landerwerb aus; aber er befestigt seine Stellung in Ostasien, im Stillen Ozean, in der Südsee, in weiten Gebieten Südamerikas und er kommt aus dem Krieg hervor als das industrielle, finanzielle und politische Weltzentrum mit einer Kriegs- und Handelsflotte, die mit der englischen wetteifert.

Um die Resultate des imperialistischen Krieges politisch zu sichern, haben die imperialistischen Sieger das europäische Stammgebiet des Imperialismus balkanisiert, wirtschaftlich lebensunfähig gemacht. Um den Weltmarkt zu erobern, haben sie die Weltwirtschaft zerrissen und sich neue mächtige Konkurrenten geschaffen. Sie entfesselten den Krieg, um den Weltmarkt zu erweitern: sie haben ihn verengert. Sie entfesselten den Krieg, um ihre soziale Herrschaft zu sichern: sie haben die soziale Revolution entfesselt — eine viel gründlichere, umfassendere, tiefergehendere als je zuvor. Jedes ihrer Ziele und Zwecke kehrt sich gegen sie.

IV. Das Zeitalter der Weltrevolution.

12. Die Weltrevolution löst nicht nur den Weltkrieg ab, sie unterbricht ihn bereits in seinem Lauf. Sie beginnt mit der Vollstreckung des Urteils, das der Kapitalismus im imperialistischen Weltkrieg über sich selbst gefällt hat. Die Revolution folgt der Linie des geringsten Widerstandes. Sie bricht zuerst aus nicht in dem entwickeltsten kapitalistischen Großstaat, sondern in dem wenigst entwickelten, in Rußland, wo einer jungen und schwachen Bourgeoisie ein modernes kühnes Proletariat und, mit ihm verbündet, eine millionenköpfige verelendete, landhungrige Bauernschaft entgegentritt. Mit einem kühnen Sprunge holt sie dort den Abstand ein, der sie von den bürgerlichen Demokratien des Westens trennte und überholt bereits zu Beginn den kapitalistischen Westen, indem sie neben die bürgerliche Demokratie bereits die Organe der proletarischen Demokratie in Gestalt der Arbeiter- und Soldatenräte setzt. Die bürgerliche Demokratie der anschwellenden, immer selbstbewußter auftretenden proletarischen Demokratie gegenübergestellt, vermag sich aber nicht vom Flecke zu rühren. Sie ist unfähig, irgendeine der von der revolutionären Bewegung der breiten Arbeiter- und Bauernmassen aufgeworfenen großen gesellschaftlichen Fragen zu lösen — außer in der Phrase. Gefesselt an die große Bourgeoisie und die Großgrundbesitzer des eigenen Landes und durch sie an die der Ententemächte, ist sie weder fähig, den imperialistischen Krieg weiterzuführen, noch ihn zu beenden. Sie ist unfähig, das zerrüttete Wirtschaftsleben des Landes neu zu ordnen. Sie schreckt ängstlich davor zurück, den Bauern das Land zu geben, das sie begehren. Unfähig, eine soziale Neuordnung durchzuführen, ist sie außerstande, den Zerfall des Heeres und seiner Disziplin aufzuhalten, und das Heer auf neuer Klassengrundlage, auf Grund umgewälzter sozialer Beziehungen neu zu schaffen. Gescheitert in allen ihren Bestrebungen gegenüber dem anschwellenden Mißtrauen und der Empörung der Arbeiterklasse und des Bauerntums, strebt sie zurück in die Arme der alten reaktionären Gewalten: des Großgrundbesitzes, des Großkapitals, der zaristischen Bürokratie der Generale, der Pfaffen. Die neugeborene bürgerliche Demokratie schreitet Schritt für Schritt fort in der Richtung der bürgerlichen Diktatur. Um die zur bürgerlichen Diktatur sich entwickelnde bürgerliche Demokratie sammelt sich alles, was reaktionär, schwankend, zweideutig ist: Von den zaristischen Generalen und den Popen bis zu den ehemals kleinbürgerlich-revolutionären Sozialrevolutionären und den Vertretern der kleinbürgerlichen proletarischen Minderheit, den menschewistischen Sozialdemokraten. Mit einem zweiten kühnen Sprung setzt die Revolution vorwärts. Geführt von der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei stürzt die proletarische Revolution, gestützt auf die überwältigende Masse der Proletarier und Bauern, die bürgerliche Demokratie in den Abgrund, zerbricht die alte unförmlich angeschwollene Staatsmaschine, baut in den Räten die politische Gewalt der revolutionären Arbeiter und Bauern auf, vollendet die bürgerliche Revolution, indem sie die Verwirklichung der sozialistischen Revolution beginnt, schlägt eine tiefe Bresche in den Krieg, indem sie ihn für das proletarische Rußland beendet, und gibt der revolutionären Entwicklung in Mittel- und Westeuropa einen ungeheuren Anstoß.

Die siegreiche proletarische Revolution in Rußland schafft für den Fortschritt der sozialen Revolution des Westens wie der nationalen-bürgerlichen Revolution des Ostens ein festes Bollwerk, eine zentrale Achse und eine mächtige politische, wirtschaftliche und militärische Reservestellung. Die erste siegreiche proletarische Revolution im Rahmen eines Großstaates entdeckt endlich und baut aus die politische Form des proletarischen Staates im Uebergang von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaft: die Räterepublik. Sie ist zugleich, in all ihren Stadien, ein Schatzhaus politischer Strategie, eine lebendige Quelle revolutionärer Energie, ein Arsenal von Erfahrungen des sozialistischen Aufbaues.

Arbeiter- und Soldatenräte: Sie sind auch das erste stammelnde Wort der deutschen wie der übrigen Revolutionen in Mittel- und Osteuropa. Hier jedoch, gegenüber einer stärkeren, besser organisierten Bourgeoisie, ohne die Führung einer starken revolutionären Arbeiterpartei, bleiben die Räte nur Episode. Geführt von der Sozialdemokratie, schlägt die deutsche Bourgeoisie die Räte und die revolutionäre Vorhut der Arbeiterklasse in einem Meer von Proletarierblut nieder. Die revolutionäre Welle flutet zurück. Die Bühne beherrscht zunächst die bürgerliche Demokratie, sie gerät immer tiefer in die Umarmung der Reaktion, sie vermag, so wenig wie die bürgerliche Demokratie in Rußland, irgendeine der Fragen zu lösen, die das Kriegsende und die Krise des Kapitalismus aufgeworfen hat. Unter ihrer Herrschaft schreitet der wirtschaftliche Zerfall unerbittlich weiter. Sie versucht ihn aufzuhalten auf Kosten der Arbeiterklasse und der Mittelschichten. Sie gerät so immer tiefer unter das Joch des monopolistischen Kapitals und in Gegensatz zu der gesamten ausgebeuteten Volksmasse. Sie vermag ebensowenig die außenpolitische Frage zu lösen. Ihre Unterwerfung unter die Diktatur der Entente erleichtert nicht nur nicht, sondern erschwert die Lebensbedingungen der bürgerlichen Republik.

Die Revolutionen des Westens, die unmittelbar dem militärischen Zusammenbruch entspringen, wiederholen in den großen, allgemeinen Zügen, aber in verlangsamtem Tempo und unter fortgeschrittenen wirtschaftlichen Verhältnissen die erste proletarische Revolution.

Das Zeitalter der Weltrevolution kündigt sich nicht minder drohend an in den Kolonial- und Halbkolonialländern.

Die Weltbourgeoisie, nachdem sie im Westen den ersten Ansturm des Proletariats siegreich überstanden, hat ihre politische Machtstellung auf Grund der von ihr gemachten Erfahrungen mit neuen Stützen versehen, sie hat zu ihrer Befestigung aus dem Kleinbürgertum und aus der Arbeiterklasse selbst immer neue Reserven herangezogen. Aber sie hat in den Jahren nach Beendigung des Krieges sich völlig unfähig gezeigt, die zerstörte kapitalistische Ordnung wiederherzustellen und ihren proletarischen Sklaven selbst innerhalb der kapitalistischen Sklaverei die Existenz zu sichern.

V. Die Krise des Kapitalismus.

13. Der Weltkrieg hat durch die ungeheure Vernichtung an sachlichen Produktionsmitteln und menschlicher Arbeitskraft die Harmonie zwischen Produktivkräften und kapitalistischen Produktionsverhältnissen durchaus nicht hergestellt. Im Gegenteil. Der Krieg hat gezeigt, daß die kapitalistischen Produktionsverhältnisse mehr und mehr zur Fessel der Produktivkräfte geworden sind, er hat das ökonomische Chaos und die Krise zu einer dauernden Erscheinung der verfallenden kapitalistischen Wirtschaft gemacht.

14. Die Vernichtung der Produktivkräfte durch den Weltkrieg ging nicht gleichmäßig vor sich. Während Ost- und Mitteleuropa bis zur Hungersnot verarmten, wurde der sachliche Produktionsapparat Englands und der außereuropäischen Länder gewaltig ausgedehnt. Das Schwergewicht des Kapitalismus ist nach Amerika gerückt. Das normale wirtschaftliche Gleichgewicht ist zerstört. Während in Mittel- und Osteuropa die Produktion wegen Mangel an Kapital (Rohstoffe, Brennmaterial, Maschinerie), wegen Unterernährung der Arbeiterschaft verfällt, wird die Produktion der Gebiete mit unbeschädigtem Produktionsapparat durch das Fehlen des Absatzmarktes unterbunden. Dort volle Beschäftigung bei Hungerlöhnen, hier dauernde Arbeitslosigkeit. In beiden Gebieten verelendet das Proletariat.

Das sichtbarste Zeichen dieses Zerfalles ist die fortschreitende rasche Entwertung der Valuta der verarmten Gebiete. Der auf den Warenaustausch aufgebaute, durch das Gold als Weltgeld zu einer Einheit verbundene Weltmarkt zerfällt in Teile mit ganz verschiedenen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen. Das Fehlen eines Maßstabes von beständigem Wert macht die Höhe des im Produktionsprozeß erzeugten Profits von der richtigen oder unrichtigen Valutaspekulation abhängig. Jener Teil des Kapitals, der noch nicht vertrustet ist, zieht sich von der Produktion zurück, wird in erhöhtem Maßstabe zu Handels- und Spekulationskapital. Die fortgesetzte Entwertung des Geldes in den verarmten, rasch verfallenden Gebieten, richtet das Kreditsystem zu Grunde, macht das Sparen ökonomisch sinnlos. All dies wirkt zersetzend auf den Gang der Produktion.

Der Zusammenhang zwischen Industrie und Landwirtschaft wird gelockert. Die landwirtschaftliche Produktion geht zurück: in den während des Weltkrieges blockierten, verarmten Gebieten infolge Mangel an Produktionsmitteln (Vieh, Kunstdünger usw.), und weil die ungemein hohen Preise der landwirtschaftlichen Produkte es den Bauern ermöglichen, auch bei verminderter Produktion all ihre Ansprüche zu befriedigen; in den Lebensmittelausfuhrgebieten mit hoher Valuta, weil die Produkte zu profitbringenden Preisen keine Käufer am Weltmarkt finden.

Der Kampf um die Aneignung der zusammengeschrumpften Weltproduktion geht sowohl in den einzelnen Ländern als im Weltmaßstab in verschärfter Form weiter. Die Zusammenfassung des Kapitals und der wirtschaftlichen Macht in wenigen Händen schreitet im Kriege und in der Nachkriegszeit rasch fort. In den verarmenden Gebieten sinken weite Schichten der Bevölkerung ins Proletariat herab: Rentnerschichten mit in Geld fixierten Einkommen durch die Entwertung des Geldes; Handwerker durch die Unmöglichkeit, bei der ungeheuren Preissteigerung die Mittel zur Weiterführung eines selbstständigen Betriebes herbeizuschaffen; die ganze Beamtenschaft, deren Gehalt durch die Entwertung des Geldes auf das Niveau des Proletariats herabgesunken ist, wodurch der allgemeinen Korruption der Weg geebnet wird. In allen Ländern stehen die Bauern als Klasse mit dem in Monopolgebilden zusammengeballten Kapital in scharfem Kampf. Innerhalb des Bauerntums geht eine Klassenscheidung vor sich: die sich bereichernden Großbauern stehen den durch die Teuerung schwer bedrückten, zum Teil auf ihren Arbeitsverdienst angewiesenen Zwergbauern schroff gegenüber. Die Lebenshaltung sowohl des alten, als des neuen Mittelstandes verschlechtert sich. Ein weit sichtbares Zeichen des verschärften Klassenkampfes, des Zerfalls der kapitalistischen Gesellschaft ist die permanente Krise des Parlamentarismus und der Bourgeoisieregierungen. In keinem Lande gibt es eine feste parlamentarische Regierungspartei. Rasch wechselnde Parteigruppierungen, eine ununterbrochene Folge von Regierungswechseln kennzeichnet die Krise der kapitalistischen Gesellschaft.

Der entscheidende Kampf wird aber zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat ausgefochten. Das Kapital sucht die Krise durch erhöhte Ausbeutung des Proletariats zu überwinden. Alle Methoden zur Erhöhung der Ausbeutung sollen angewandt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019221012-16/fragment/page=0007

werden. Die Errungenschaft der revolutionären Demobilisierungsperiode, der Achtstundentag, soll wieder abgeschafft, die Mehrarbeit vergrößert werden. Zugleich soll die Intensität der Arbeit und der Ausbeutung erhöht werden: Das Kapital schreit nach höhere Arbeitsleistung. Es will die kapitalistischen Produktionskosten vermindern durch Herabsetzung des Reallohnes weit unter das Niveau der Vorkriegszeit.

Aber das Proletariat wehrt sich mit revolutionärer Entschlossenheit. Zwar versuchen verräterische Gewerkschaftsführer und Sozialpatrioten das Proletariat zu zwingen, im Interesse des Weiterbestehens des Kapitals sich einer vermehrten Ausbeutung friedlich zu unterwerfen. Doch das Proletariat hat in den langen Kriegsjahren und in der gegenwärtigen revolutionären Periode große Fortschritte im Klassenbewußtsein gemacht. Es ist mit dem Gebrauch der Waffen vertraut geworden. Es ist eher bereit, mit den Waffen in der Hand zu kämpfen, als sich dem Diktat des Kapitals zu unterwerfen. Der Glaube an die Unerschütterlichkeit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung schwindet bei immer weiteren Schichten des Proletariats dahin. Das Beispiel Sowjet-Rußlands, wo die proletarische Macht nunmehr seit 5 Jahren besteht, gibt den revolutionären Vorkämpfern Mut und Entschlossenheit. Das Proletariat leistet dem Versuch des Kapitalismus, die Krise auf seine Kosten zu überwinden, den schärfsten Widerstand. Ungeheuer lang anhaltende, sich rasch wiederholende Streiks hindern die Produktion. Politische Massenstreiks, bewaffnete Aufstände erschüttern den Gang der kapitalistischen Produktion. In manchen Ländern wird der Bürgerkrieg zu einer ständigen Erscheinung. Das Kapital kann sich zu seinem Schutze nicht mehr auf die über den Klassen stehende Staatsgewalt verlassen: Es müssen Klassentruppen aus den Mitgliedern der herrschenden Klasse selbst gebildet werden. Ein immer größerer Teil des Gesamtprofits muß auf die Kosten der Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft selbst verwendet werden.

Machtlos steht das Kapital diesem Verfall gegenüber. Die besiegten, verarmten Länder gehen widerstandslos zu Grunde. Das Kapital sucht hier durch Anschluß an das Kapital der Siegerländer Schutz gegen das Proletariat. Das Kapital der vier nach dem Kriege übrig gebliebenen Großmächte: Vereinigte Staaten, England, Frankreich und Japan, sucht die Krise durch die Verwandlung der ganzen übrigen Welt in ihr Kolonialgebiet zu überwinden. Ganz Europa östlich des Rheins bis an die Grenze Sowjet-Rußlands ist in wirtschaftlich unselbständige, tatsächlich unterjochte Kolonialländer zerlegt. Die kleineren, im Kriege neutralen Länder haben zwar den Schein ihrer politischen Selbständigkeit noch erhalten, werden aber wirtschaftlich von den imperialistischen Mächten ins Schlepptau genommen. (Belgien durch Frankreich, Holland durch England.) Alle anderen sind die Beute des Entente-Kapitals geworden. Ihre Produktionsmittel gehen in raschem Tempo in die Gewalt des französischen und englischen Kapitals über. Ihre Wirtschaftspolitik wird vom englischen und französischen Kapital diktiert. Während Deutschland, der einzige ebenbürtige Gegner, entwaffnet wurde, zermürben sich die anderen in gegenseitigen, von den gegensätzlichen Interessen des französischen und englischen Kapitals diktierten Rüstungen. Trotz Völkerbund, Friedensliga, Washingtoner Konferenz, Entwaffnung Deutschlands, verwendet die Bourgeoisie im Weltmaßstabe einen größeren Teil des gesellschaftlichen Wertproduktes für militärische Ausgaben, als vor dem Weltkrieg. Bis an die Zähne bewaffnet stehen sich die vier Rivalen um die Weltherrschaft gegenüber: Zwischen Versicherungen der Bundestreue und kaum verschleierten Kriegsdrohungen taumelt ihre Politik hin und her. Um jedes Eckchen der Erde, das noch nicht endgültig in den Machtbereich einer der Weltmächte eingereiht ist, geht der Kampf. Jedes trachtet, den größeren Teil des Weltmarktes monopolistisch zu beherrschen, unaufhaltsam treiben sie einem neuen Weltkrieg entgegen. Inzwischen nimmt der Befreiungskampf der eigentlichen Kolonialvölker immer schärfere Formen an. Die Siedlungskolonien Englands befreien sich auf friedlichem Wege von der Vorherrschaft des Mutterlandes. Die in den Weltkrieg hineingezerrten Kolonialvölker haben die Grundlage der Vorherrschaft der weißen imperialistischen Völker, die Ueberlegenheit in der Kriegstechnik, kennen gelernt. Der Glaube an die Unerschütterlichkeit der weißen Fremdherrschaft verschwindet. In immer weiter sich ausbreitendem Kampfe bemühen sich die Kolonialvölker, das joch der Unterdrücker abzuwerfen. Hierdurch wird die Grundlage der ökonomischen Vorherrschaft der imperialistischen Großmächte untergraben.

Während der Widerspruch zwischen den Produktivkräften und den kapitalistischen Produktionsverhältnissen immer schärfer wird, befestigt sich die auf neuer Grundlage aufgebaute Wirtschaft Sowjetrußlands. Der Prozeß ist langwierig und von dem Krisenzustand der kapitalistischen Welt ungünstig beeinflußt. Trotzdem geht die Entwicklung dahin, daß die aufsteigende Linie der russischen Wirtschaft die abfallende der umliegenden kapitalistischen Länder in absehbarer Zeit überholen wird. Ist die Entwicklung so weit gediehen, so wird der Kampf um die Aenderung der Produktionsverhältnisse in den umliegenden Ländern einen neuen starken Antrieb erhalten.

15. Der Weltkampf des Proletariats und der unterdrückten Völker hat in den verschiedenen Ländern an verschiedene wirtschaftliche und politische Bedingungen anzuknüpfen. Die einsetzende Weltrevolution und die Weltkrise hat die einzelnen Staaten und Gebiete in verschiedenem Grade erfaßt, hat ihre Verhältnisse bald einander angenähert, bald von einander entfernt. Bei aller Uebereinstimmung der großen Ziele der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern einerseits, und der unterdrückten Kolonial- und Halbkolonialvölker andererseits, bedingen die verschiedenen Ausgangspunkte eine Verschiedenheit der nächsten Etappen bis zur Eroberung der Macht durch das Proletariat und die armen Bauern.

Die für die Weltrevolution entscheidenden Gesichtspunkte sind: Erstens, die mehr oder minder große wirtschaftliche Festigkeit und Selbstgenügsamkeit eines kapitalistischen Landes oder einer Ländergruppe, zweitens die Machtverteilung unter den wichtigsten Klassen und Schichten des Landes, der Grad der Erschütterung der bürgerlichen Staatsmacht, drittens die Stufe der Ausbildung einer bürgerlichen Staatsmacht.

Nach diesen Gesichtspunkten lassen sich folgende Hauptgruppen unterscheiden:

1. Kapitalistische Länder, die der Krieg bereichert hat, die auf dem eigenen Staatsgebiet und dem unter ihren politischen Einfluß stehenden Staatsgebiet noch bedeutende kapitalistische Ausdehnungsmöglichkeiten haben, mit noch unerschütterter, demokratisch organisierter bürgerlicher Staatsmacht.

Dahin gehören: die Vereinigten Staaten von Nordamerika, die Südafrikanische Union und Australien.

2. Kapitalistische Länder, ebenfalls durch den Krieg bereichert, aber, mit halb-absolutistischer Staatsverfassung: Japan.

3. Kapitalistische Länder, deren Wirtschaft im Krieg im großen ganzen intakt geblieben ist, mit großem Kolonialgebiet, mit demokratisch organisierter bürgerlicher Staatsgewalt: England, Kanada.

4. Kapitalistische Länder, die, obwohl Sieger im Weltkrieg, wirtschaftlich und finanziell schwer durch ihn erschüttert sind, mit demokratisch organisierter, aber bereits mehr oder weniger großen Erschütterungen ausgesetzter Staatsgewalt: Frankreich, Italien.

5. Die verarmenden Staaten östlich des Rheins, mit junger, schwach organisierter, oder bereits heftigen revolutionären Erschütterungen ausgesetzter bürgerlicher Staatsgewalt: Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Polen, Balkanländer usw.

6. Die Kolonial- und Halbkolonialländer:

a) Indien, Persien, Türkei, Korea usw. (mit starkem Großgrundbesitz.)

b) China (mit vorwiegendem Kleingrundbesitz).

7. Die Länder, in denen das Proletariat im Besitz der Staatsgewalt ist: Sowjetrußland und die mit ihm föderierten Sowjetrepubliken und die Republik des Fernen Ostens.

Der 2. Abschnitt folgt in nächster Nummer.

Tüchtige Putzer, Spanner und Bauarbeiter
stellt sofort ein
Hall. Spezial-Baugeschäft
Leipziger Straße 63 II. 4054

Maurer
für hiesige und auswärtige Baustellen stellt ein 4053
Ernst Reichardt,
Maurermeister,
Gneisenaustraße 17.

Junge Eheleute suchen **Hausmanns- oder Portierstelle.** 1062 Zu erfragen Herrenstr. 10, Hof, I r.

Kleider, Blusen,
Rockkümrode, Reinzeh-Röcke, Stickerei-Hemden, Bettwäsche, woll. Unterröcke, Anzüge, Hosen, Arbeitshemden, Strickjacken [4055
sehr preiswert
Trobert,
Kl. Ulrichstraße 5.

? Wo ?
kaufen Sie gut u. preisw.
Uhren, Gold- u. Silberwar.
Fugenlos. Trauringe
Alpaka-Handtaschen, Medaillons usw.?
Bei
Gottfr. Schraut,
Uhrmacher, 4057
4 Schmeerstraße 4
Reparaturen billigst.

W. Bettfedern m. Pat.-u. Aufl.-Matr., neue Federbetten. Mittelstraße 5 a.

Mode-zeitungen
empfiehlt die
Volksbuchhandlung

Dixin das dankbare Seifenpulver
ist sparsam im Gebrauch und billig
ALLEINIGE HERSTELLER:
HENKEL & CIE., DÜSSELDORF

Most
Eine gute deutsche Schokolade
*673

Sohlen 2789
im Ausschnitt, Schuhm.-Bed 5 Mk. kaufen Sie preiswert bei
Robert Schmeißer,
Gr. Märkerstr. 5.

Jeder Kegelklub
ob groß oder klein, benötigt Drucksachen!
Fordert Offerten von der Produktiv-Genossenschafts-Druckerei, Halle-S., Lerchenfeldstr. 14, an. Fernruf 2251

Wittenberg.

Albin Schütze, Jüdenstraße Nr. 33,
empfiehlt 1151
Margarine Pfd. 260, 280 u. Homa 300 Mk.
Selbstgekochtes Pflaumenmus .. Pfd. 32 Mk.
Magdeburger Pflaumenmus .. Pfd. 26 Mk.
Marmelade ..... 2-Pfd.-Eimer 150 Mk.
Magdeburger Sauerkohl ..... Pfd. 10 Mk.
Sardinen in Fäßchen ..... 250 Mk.
Bücklinge, Delikatellheringe, Bismarckheringe.
Alle Sorten Käse, Sülze und Hülsenfrüchte.

Nur eine Anzeige
im gelesensten Organ der werktätigen Bevölkerung
und Sie sind unser ständiger Inserent!

Gelegenheitskäufe
Mittelstraße 43a.
Feldgraue Hosen, Arbeitshosen, Sporthosen in vielen schönen Mustern, gestreifte Tuchhosen, grüne Tuchhos., weiße Drelhos., Kinderanzüge, Westen, Hosenträger, Sockenhalter, Turngürtel, **Arbeitsschnürschuhe** in braun, die beliebte und beste Qualität.
Kinder-Sommerjoppen, blaue Monteuranzüge, Gummimäntel, Selbstbinder, Wickelgamaschen.
Die große Mode.
Haubennetze in allen Farben. 1149
Herren- und Damen-Hemden, Damen-Unterhosen, Socken und wollene Damenstrümpfe.

Zur Beachtung!
Das Reichsmonopolamt hat eine ganz außergewöhnliche, noch nie in dieser Höhe dagewesene **Preiserhöhung für Sprit zu Gärungszwecken vorgenommen**, so daß der Reichsverband deutscher Essigfabrikanten unter Hinzuziehung des Reichswirtschaftsamtes den **Verkaufspreis für Oktober**, entsprechend der enormen Selbstkostensteigerung, auf
Mark 82,00
für das Liter Gärungsessig festsetzen mußte.
H. Fuhrmann, R. Schnellrath,
Essigfabriken. 1153

Frisch! Nur Freitag und Sonnabend. Frisch!
Solange der Vorrat reicht:
Margarine
Auenblüte . . . Pfd. 268 Mk.
Alfina . . . . . Pfd. 260 „
Milla Gold . . . Pfd. 290 „
Allers. Landwurst ¼ Pfd. 75 „
Täglich frische Bücklinge
ff. Salzheringe Vollfett 17 u. 22 Mk.
Kunsthonig . . . Pfd. 38 Mk.
Kaffeemischung ½-Pfd.-Pt. 80 „
Div. Sorten Käse und Räucherwaren. 1152
Curt Stechert,
Delikatessen und Lebensmittel.
Jüdenstraße 23, Ecke Mauerstr.

Annaburg-Prettin-Elster.
Palast-Theater. 6911
Mit Büchse u. Lasso. 3. Teil
Großer Wildwestfilm in 6 Akten
Hierzu ein gutes Beiprogramm.
Prettin: Freitag, den 13. Oktober.
Annaburg: Sonnabend, 14., u. Sonntag, 15. Okt.
Elster: Montag, den 16 Oktober.
— Anfang 8¼ Uhr. —

Spendet für die Rußlandhilfe!

Kommunistische Literatur
zu haben bei
O. Meusel,
Juristenstraße 11
— Telephon 239. —

Lebensmittelhaus August Fischer
Kollegienstraße 23.
Beste Einkaufsgelegenheit für
Kolonialwaren, Obst, Wurstwaren, Wild und Geflügel. 1155

Puppenwagen
jetzt noch preiswert für Weihnachten, 1150
empfiehlt
Franz Pippig,
Markt 12.

Bekanntmachung.
Mit dem heutigen Tage 1154
nehmen die Aerzte d. Kreises Wittenberg die kassenärztliche Tätigkeit wieder auf
und treten alle Bestimmungen, die vor dem Aerztestreik galten, wieder in Kraft.
Die während des Aerztestreikes erhaltenen **Rechnungen für ärztliche Behandlung** (ob bezahlt oder unbezahlt) **sind bis spätestens 31. Oktober 1922** bei den zuständigen Kassen einzureichen. Später eingehende Rechnungen können nicht mehr bezahlt werden.
Wittenberg, den 11. Oktober 1922.
Ortskrankenkasse I. Ortskrankenkasse II.
Landkrankenkasse.
Bäcker-Innungskrankenkasse.
Tischler-Innungskrankenkasse.

Werbt neue Mitglieder für die „Produktiv-Genossenschaft."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019221012-16/fragment/page=0008

Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Bezugspreis frei Haus monatlich 160 Mk. Durch die Post monatlich 160 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Leschenfeldstr. 14, Fernruf 1047 u. 2251. Geöffnet 7—5 Uhr. Schriftleitung: Fernruf 1045. Sprechzeit 12—1 u. 4—5 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 8.— Mk. für den Millimeter Höhe und Spalte; 20 Mk. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten, größere tags vorher. — Postscheckkonto: Leipzig 1068 43. Fritz Krob, Halle

Einzelpreis 7 Mark | **Donnerstag, den 12. Oktober 1922** | **2. Jahrgang. Nr. 239**

Ebert verlangt die große Koalition

Drei VSPD.-Minister treten für die Stinneskoalition ein

(Eigener Drahtbericht.)

Das Korrespondenz-Bureau „Dena" verbreitet folgende offiziöse Mitteilung:

Reichskanzler Dr. Wirth, der morgen zurückkommt, wird möglichst bald mit den Parteiführern Rücksprache nehmen, um die Frage der Wahl des Reichspräsidenten endgültig zu regeln. Im Interesse des Ansehens der Republik erscheint es natürlich wichtig, daß der Reichspräsident von einer möglichst großen Mehrheit des Volkes gewählt wird. Eine solche Mehrheit wäre ohne weiteres gegeben, wenn Zentrum, Demokraten und Deutsche Volkspartei ihre Stimmen auf einen Kandidaten vereinigen würden. Daraus würde sich dann auch ergeben, daß die republikanischen Verhältnisse in Deutschland sich konsolidiert haben und daß die, besonders von den Franzosen gefürchtete, Rekonstruktion der Monarchie nicht in Frage kommt. Ferner würde sich daraus ergeben, daß auch die bolschewistischen Bestrebungen in Deutschland auf keinen günstigen Boden mehr fallen.

Nun ist aber klar, daß eine Präsidentenwahl mit einer derartigen Mehrheit nur unter der Voraussetzung stattfinden könnte, daß die Regierungskoalition und damit das Kabinett erweitert worden sind. Aufgabe des Reichskanzlers wird es sein müssen, festzustellen, welche Bedingungen die einzelnen Parteien für ihren Eintritt, bzw. für ihr Verbleiben beim Kabinett zu stellen haben. Reichspräsident Ebert wünscht lebhaft, daß auch die DVP. der Regierungskoalition beitritt, weil er eine derartige Erweiterung der Regierungsbasis aus wirtschaftlichen Gründen für dringend notwendig hält. Auch Reichskanzler Dr. Wirth ist für die Erweiterung der Koalition, wenn sich zeigt, daß sie parteipolitisch möglich ist. Im Augenblick hängt das von der Sozialdemokratie ab. Wenngleich nicht zu verkennen ist, daß die Minister Bauer, Köster und Radbruch für eine Erweiterung der Koalition eintreten, so hat doch andererseits der linke Flügel der Sozialdemokraten, der gegen eine Koalition mit der DVP. ist, in der letzten Zeit eine erhebliche Verstärkung erfahren. Man befürchtet, daß eine Gesundung der Wirtschaft überhaupt nicht mehr möglich ist, wenn diese Parteikreise auch noch einen Einfluß auf die Regierung gewinnen. Ehe nicht von der DVP. genaue Erklärungen darüber vorliegen, wie sich die Partei die Gesundung des Wirtschaftslebens vorstellt, und was sie zu tun gedenkt gegen den Marksturz, gegen die Verelendung der Arbeiterschaft und gegen die Auswüchse des Devisenhandels, dürfte die Sozialdemokratische Partei kaum bereit sein, mit der DVP. in einer Koalition zusammen zu arbeiten. Andererseits ist aber klar, daß an die Wahl des Reichspräsidenten nicht gedacht werden kann, ehe nicht die Frage der Koalitionserweiterung gelöst worden ist, und daß die Deutsche Volkspartei ihrerseits nicht für den gemeinsamen Kandidaten eintreten wird, wenn man ihr nicht einen Platz am Regierungstische zusichert. Da die Wahl des Reichspräsidenten schon am 3. Dezember stattfinden soll, ist die Frage der Kabinettsumbildung jetzt akut und muß in den nächsten Tagen gelöst werden.

*

Im selben Augenblick, wo die Großbourgeoisie nach dem eigenen Eingeständnis der VSPD. durch Herbeiführung eines neuen Marksturzes die arbeitenden Massen in neues, ungeheuerliches Elend stürzen, haben der sozialdemokratische Reichspräsident und die sozialdemokratischen Minister keinen sehnlicheren Wunsch, als das Regierungsbündnis eben mit der Partei der Großbourgeoisie, der Volkspartei, einzugehen. Auch die „Bedingungen", die sie für den Eintritt der Volkspartei aufstellen werden, sind glücklich heraus: es werden die Zustimmung der Volkspartei zur Präsidentschaft Eberts, zur Ministerschaft Hilferdings oder eines anderen ehemaligen Unabhängigen und zu gewissen finanzpolitischen Maßnahmen sein, die die Sozialdemokratie unter dem Druck der durch den Hunger zur Empörung getriebenen Massen aufzustellen genötigt ist, die aber in keiner Weise der kapitalistischen Anarchie zu Leibe rücken, und die dem Großkapital heute schon genehm sind.

Die VSPD. zeigt damit, daß sie den Görlitzer Kurs auch nach der Vereinigung mit den Unabhängigen mit der durch die Zuspitzung der Lage erforderten Beschleunigung weiterführt. Gilt es doch, da das Fehlschlagen aller Regierungsmaßnahmen gegen die Not schon jetzt feststeht, eine starke bürgerliche Staatsmacht zur weiteren Niederhaltung der Arbeiterschaft zu schaffen. Für die Arbeiterschaft müssen diese Vorbereitungen der Bourgeoisie und ihrer Handlanger der Ansporn zu verstärkten Vorbereitungen für die in Bälde unvermeidlichen schweren Kämpfe sein. Sie stellt den bürgerlich-sozialdemokratischen Kurpfuschereien die proletarische Aktion zur Erkämpfung der Produktions- und Finanzkontrolle, dem Vollzugsorgan der bürgerlichen Klassenherrschaft, der großen Koalition, als proletarisches Klassenorgan dem Reichsbetriebsrätekongreß gegenüber, der ihren Kampf gegen die Verelendung zu vereinheitlichen und zu leiten bestimmt ist.

Eine Notverordnung zur „Verhütung" des weiteren Marksturzes

WTB. **Berlin**, 11. Oktober.

Das Reichsministerium befaßte sich heute mit Maßnahmen zur Verhütung des weiteren Sturzes der Mark. Es wurde vor allem die Notwendigkeit einer schleunigen Erklärung von Vorschriften, die eine Einschränkung der Spekulation in ausländischen Zahlungsmitteln bezweckten, anerkannt, und es wurde einstimmig beschlossen, dem Reichspräsidenten den sofortigen Erlaß einer Notverordnung auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung vorzuschlagen. Im Zusammenhang hiermit wurde die Frage der Ausgabe wertbeständiger Schatzanweisungen sowie weitere Schutzmaßnahmen für die Reichsmark erwogen. Die Beratungen hierüber sollen in den nächsten Tagen fortgesetzt werden.

WTB. **Berlin**, 12. Oktober.

Bei der angekündigten Notverordnung des Reichspräsidenten zur **Bekämpfung der Devisenspekulation** soll es sich um eine neue Devisenordnung handeln, die darauf hinausgehen soll, daß alle Devisenkäufe den Außenhandelsstellen angezeigt werden müssen und daß keine Devisenankäufe stattfinden dürfen, die nicht zur Bezahlung von Einfuhrwaren benötigt werden. Die Kontrolle soll in der Weise erfolgen, daß von jedem Devisenkaufauftrage nicht nur wie bisher eine Abschrift an das Finanzamt, sondern auch eine solche an die zuständige Außenhandelsstelle gefeitet wird, die dann über die Gültigkeit des Kaufauftrages entscheiden soll. Die Nichtbefolgung der Verordnung soll unter strengste Strafe gestellt werden. Was die Frage „wertbeständiger Schatzanweisungen" betrifft, so liegt, wie der „L.-A." schreibt, dem Kabinett ein Vorschlag vor, eine wertbeständige Reichsanleihe zu schaffen, die in Stücken von 500 Mk. oder einem Mehrfachen im Gesamtbetrage von 400 000 Mk. ausgegeben werden sollen. Diese sogenannten Goldschatzscheine sollen mit einem Zinsfuß von vier Prozent ausgestattet und am Fälligkeitstage in Papiermark zum jeweiligen Kurs der Goldmark bezahlt werden.

wird nur zur Folge
ren Devisenbedarf im
ebung des Markkurses
Die Regierung und
ei „Schritte" die Ar-
anderen Zweck kann

sind eine Maßnahme,
und zu einem Fiasko
gen Leitartikel.

nwärter

t.)

Berlin, 12. Oktober.

bürgerliche Zeitungen
tsabteilung im Aus-
em Posten geschieden,
frage sich nun, wer
n Posten werden soll.
mentarier, der
ehr geneigt sei,
hmen. Das „Ver-
dieses Postens nicht
en werde, da es ins-
iten sein müsse, bei
sprechen.

u den Unabhängigen
num erwarten kann,
oder Hilferding
ministers für sie
it einem Staats-
sekretärposten zufrieden. Die Hauptsache ist, daß es schnell geht. Wenn die unabhängigen Führer in der Rathenaufrise davon fabelten, daß ihr Eintritt in die Regierung der Arbeiterschaft einen Machtzuwachs bringen sollte, so zeigt ihre setzige hinter den Kulissen betriebene Postenschleicherei besser als alles andere, was es mit dieser und den andern Phrasen, mit denen sie den Uebergang ins Lager der Bourgeoisie bemäntelten, auf sich hatte.

Mobilisierung der Orgesch in Berlin

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 12. Oktober.

Im Auftrage der Vaterländischen Verbände Berlins ruft der Bund für Freiheit und Ordnung am Sonntag, dem 15. Oktober, zu einer „Großen Vaterländischen Kundgebung" auf, bei der eine Kapelle von Musikern des früheren Gardekorps mitwirken und deutschnationale Abgeordnete (u. a. auch Pfarrer Wangemann aus Magdeburg) sprechen werden. Es handelt sich um nichts anderes als eine allgemeine Mobilmachung der Orgesch, die sich rüstet, es magt, am hellichten Tage unter den Augen der Berliner Arbeiter ihre Vorbereitungen zu treffen, um das Proletariat niederzuschlagen, wenn es versucht, sich gegen die Teuerung ernstlich zur Wehr zu setzen. Die „Rote Fahne" fordert die VSPD. und die Gewerkschaftskommissionen auf, die Maßnahmen bekannt zu geben, durch die sie dieses Orgeschtreiben zu vereiteln gedenken. Die KPD. werde jede wirksame Maßnahme in dieser Richtung unterstützen.

Russisch-französische Wirtschaftsverbindungen. Herriot erklärte, daß einer französisch-russischen wirtschaftlichen Annäherung seiner Ansicht nach nichts mehr im Wege stehe. Er werde nach seiner Rückkehr Frankreich dementsprechend berichten.

Dollar vormittags 10 Uhr: 2600 Mark

Die Markkatastrophe

Von neuem bergab

Eine neue Markkatastrophe hat begonnen. Sie geht fast in noch schnellerem Tempo als der erste Marksturz im Juli und August dieses Jahres. Der Höhepunkt der letzten Markkatastrophe war am 25. August mit einem Kurs von 2400 erreicht. Dann kam der Rückschlag, und der Dollar notierte wieder 1300, 1400. Nicht ganz 14 Tage ist es her, seitdem ein neues Steigen der ausländischen Devisenkurse begonnen hat und schon steht der Dollar über 2000.

Die Entwertung einer Währung geht immer auf diese Weise vor sich, daß nach einem großen Sturz eine gewisse kurzfristige Besserung eintritt, einige Tage oder Wochen der Kurs „stabilisiert" wird. War der Dollarkurs vor dem ersten Marksturz einige Monate hindurch etwa 300, so stand der Dollar nach der Kursfrist durchschnittlich auf 1400. Wenn man die Ursachen der Marksenkung zu sehen imstande ist, kann der neue Marksturz nichts Ueberraschendes sein. Die Sozialdemokratie aber, die sich selbst und der Arbeiterschaft Illusionen zu machen versuchte, die das Moratorium, das Hafensteingeschäft und uneingestandenermaßen das Stinnes-Lubersac-Abkommen als Gewähr nahm dafür, daß eine weitere wesentliche Verschlechterung der deutschen Valuta nicht eintreten würde, ist, vor die neuen Tatsachen gestellt, entsetzt. Die gesamte Presse der Vereinigten Schieber-Partei muß den Bankrott der bisherigen sozialdemokratischen Politik eingestehen. Die Gewerkschaften und die Sozialdemokraten haben die Arbeiterschaft bisher von der Selbsthilfe zurückzuhalten versucht, mit der Begründung, daß Regierung, Gewerkschafts- und Parteiinstanzen alles Nötige tun werden, was überhaupt zu tun möglich ist. Angesichts des Erfolges dieser „Aktionen" der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie muß die VSPD.-Presse selbst erklären, daß ein Fortbestehen der gegenwärtigen Verhältnisse unleidlich und untragbar für die Arbeiterschaft ist, daß notwendigerweise irgendwelche Maßnahmen ergriffen werden müßten.

„Stabilisierung der Mark"

Trotz der offenen Bankrottansage gibt die Sozialdemokratie ihr Spiel noch nicht als verloren auf. Sie hat aus den Erfahrungen der österreichischen Sozialdemokraten gelernt, auf welche Art und Weise die Selbsthilfe der Arbeiterschaft durch die Erweckung von Illusionen hinausgeschoben und verhindert werden kann. Die VSPD. hat von ihrer österreichischen Bruderpartei gelernt, daß die radikalsten Finanzpläne für die Bourgeoisie ganz gefahrlos sind, aber für eine gewisse Zeit gut als Losungen gegen die Bewegung der Arbeiter selbst ausgenützt werden können. Darum treten die vereinigten Schwindler jetzt mit einem Plane auf, eine „wertbeständige Währung" zu schaffen, u. a. eine Devisenausgleichstelle zu gründen.

Dieser Plan Hilferdings soll mit Hilfe des Goldschatzes der Reichsbank, der etwa 1 Milliarde Goldmark beträgt, verwirklicht werden. Wie im einzelnen Hilferding und die Sozialdemokratische Partei sich diese Stabilisierung der Mark, die Schaffung eines „wertbeständigen Papiers" vorstellen, das haben sie bisher zu sagen unterlassen. Sie haben uns noch nicht erzählt, ob sie es so machen wollen, wie in Polen vor wenigen Tagen es geschehen ist, daß das Finanzministerium und der Reichstag die Einführung einer Goldwährung dekretieren, die Warenpreise in dieser Währung notiert werden und jeweils ein Umrechnungskurs für Papierwährung besteht. In Polen wird diese ganze schöne Geschichte „ideelle Goldwährung" genannt. Den Arbeitern ist damit nicht geholfen, wohl aber gleichen sich die Preise noch weit mehr als bisher jeder Senkung der eigenen Währung an.

Oder wollen die Sozialdemokraten, daß die Goldmilliarde der Reichsbank zu einer Unterstützungsaktion für die deutsche Mark verwendet wird? Auch dies ist nichts Neues. Die österreichische Regierung hat das auch getan. Sie hat einen englischen Kredit von 2 Millionen Pfund dazu verwendet, um eine Stabilisierung des Kurses der österreichischen Krone herbeizuführen. Das gelang auch kurze Zeit, bis — der ganze Kredit verspekuliert war und ein katastrophaler Kurssturz der Krone einsetzte.

Auch die Devisenausgleichsstelle ist mehrfach versucht worden. Der Erfolg dieser Devisenzentrale war, daß der offizielle Kurs der ausländischen Devisen nicht stieg, aber daß die Banken in ihren Privatkursen eine desto größere Senkung des Wertes der eigenen Valuta herbeiführten, daß auf den offiziellen Markt überhaupt keine Devisen mehr kamen, und daß nach kurzer Zeit die Bestimmungen erleichtert oder aufgehoben werden mußten, der Kurs sich aber nur weiter verschlechtert hatte. Das einzig Konkrete, was der „Vorwärts" für seine Pläne zur Stabilisierung der Mark vorbringt, das ist sein neuerliches Verlangen nach Ueberschichten im Bergbau. Trotzdem der „Vorwärts" in seiner Bankrotterklärung zugeben muß, daß die Mehrarbeit kein Mittel gegen die Senkung des Markkurses ist, behauptet er, daß eine Erhöhung der Rohstoffproduktion für den eigenen Bedarf notwendig ist. Diese einzige konkrete Forderung zum neuen Finanzplan der VSPD. zeigt, wie den Arbeitern durch diesen Plan „geholfen" werden soll.

Die Ursachen der Markentwertung

Die besten Pläne eines Finanzprogramms zur Stabilisierung der Mark sind auf dem Wege der parlamentarischen „Demokratie" undurchführbar, weil die deutschen Kapitalisten kein Interesse an einer Stabilisierung des Markkurses haben, sondern im Gegenteil selbst die unaufhörliche Senkung herbeiführten. War es den deutschen Kapitalisten und der Sozialdemokratie bei der letzten Markkatastrophe noch möglich, die alleinige Schuld auf die Reparationslasten, auf die Drohreden Poincarés zurückzuführen, so ist ihnen diesmal diese bequeme Ausrede nicht so leicht gemacht. Reparationszahlungen sind nicht zu leisten. Ueber die Sachleistungen hat Stinnes das von den deutschen Kapitalisten so gepriesene Abkommen geschlossen. Die Senkung des Markkurses wird diesmal, wie immer, nicht in Paris, in London oder Neuyork

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019221012-16/fragment/page=0009